

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

**Inserate**  
1/4 Sgr. für die fünfgespal-  
tene Zeile oder deren Raum,  
Klappen verhältnißmäßig  
höher, sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

**Die Posener Zeitung eröffnet auch für  
den Monat Dezember ein besonderes Abon-  
nement zu dem Preise von 25 Sgr. in der  
Expedition und bei den Kommanditen, für  
auswärts inkl. Postporto 1 Thlr. — Bestel-  
lungen von auswärts sind direkt an die Ex-  
pedition zu richten.**

**Expedition der Posener Zeitung.**

## Amtliches.

Berlin, 27. November. Sr. Majestät der König haben Allergnädigst  
geruht: Den Geheimen Revisionsrath Ambonn zum Geheimen Ober-  
Finanzrath und vortragenden Rath im Finanzministerium; sowie die Regie-  
rungsassessoren Stadler und Bertram in Köln, le Prêtre in Stettin  
und Severin in Münster zu Regierungsräthen zu ernennen; und dem  
Bäcker der Driemburger Mühlen, Weigel zu Dranienburg den Charak-  
ter als Kommissionsrath, sowie dem Oberamtmann Schulz zu Stradaunen  
und dem Oberamtmann Behr zu Polommien, im Regierungsbezirk Gum-  
binnen, den Charakter als Amtsrath zu verleihen.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Pest, 26. November, Nachmittags. Bis jetzt haben sich 126  
Mitglieder des Unterhauses in den Klub Deak und 85 in den Klub der  
Unken einschreiben lassen. 16 Unabhängige bilden eine besondere Gruppe.

Dresden, 26. November, Nachmitt. Die Abgeordnetenversammlung  
hat in ihrer heutigen Sitzung die unveränderte Forterhebung der Steuern  
für das Jahr 1867 und die von der Regierung für die Pariser Welt-  
ausstellung geforderten Kosten bewilligt.

Florenz, 26. November. Die Journale melden, daß Begezzi  
nächstens im Auftrage der Regierung nach Rom zurückkehren werde.

Aus Venedig wird berichtet, daß die bis jetzt bekannt gewordenen  
Wahlen zu Gunsten der gemäßigten Partei ausgefallen sind.

## Ich bin konservativ aber kein Parteimann.

So charakterisirt in der Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses  
Graf Eulenburg seine Politik. Es könnte darin ein Widerspruch zu lie-  
gen scheinen, wenn das Wort „konservativ“ strikte in seinem früheren  
Sinne genommen wird. Vor Jahr und Tag bezeichnete es eine fest ge-  
schlossene Partei mit bestimmtem, der Fortschrittspartei nicht bloß wider-  
sprechendem, sondern sie schlechthin ausschließendem Programm. Dann  
war es gleichbedeutend mit regierungsfreundlich; in der vorigen und jetzi-  
gen Sitzung eignen sich das Prädikat drei Fraktionen zu, welche sich durch  
ihre größeres oder geringeres Einverständnis mit der Regierung unter-  
scheiden. Wir sind endlich zu einer gemäßigten-konservativen Partei ge-  
kommen, welche andere Parteien neben sich als berechtigt anerkennt, nicht  
auf die Worte der Minister schwört, sich ihre Selbstständigkeit wahrt und  
fähig ist, sich mit den liberalen Parteien zu verständigen.

Wenn Graf Eulenburg dieser Richtung angehört, so würde der  
scheinbare Widerspruch in seiner Aeußerung sich lösen lassen. Daß der  
Minister als solcher jedem Parteistandpunkt entzogen, wäre eine lächerliche  
Forderung; ein Minister, der nicht Farbe bekundet, ist eben kein Minister.  
Es darf sogar mit Recht gefordert werden, daß eine bestimmte politische  
Richtung in jedem Ministerium, mithin auch in jedem Mitgliede desselben  
sich erkennen lasse. Aber es muß wohl unterschieden werden, wie sie sich  
äußert. Engstirnige Parteistandpunkte lassen keine Gerechtigkeit gegen  
andere Parteien zu, Gerechtigkeit ist aber eine der ersten Forderungen.  
Wenn gesagt wird, die Minister sollen über den Parteien stehen, so heißt  
das so viel, als sie sollen auch der Partei, der sie nicht angehören, Lust  
und Recht gönnen und zumal in der Verwaltung die höchste Gerechtigkeit  
walten lassen ohne Ansehen der politischen Gesinnung, so lange diese sich  
in legaler Weise dokumentirt. Aus diesem Grunde sollten Minister im-  
mer aus der gemäßigten Partei hervorgehen; der prononcierte Parteimann  
ist selten gerecht, er wird als Minister entweder zu gemäßigten Grund-  
sätzen greifen oder sein Regiment wird zu Katastrophen führen.

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß entschlossene Liberale, sobald  
sie ins Ministerium traten, sich blitschnell zu Gemäßigten umwandeln  
und mit ihren früheren politischen Freunden in Widerspruch gerathen;  
dieselbe Erscheinung kann sich nach der andern Seite hin zeigen. Es  
könnte demnach nicht befremden, wenn sich eine gleiche Metamorphose  
mit unseren gegenwärtigen Ministern vollzogen hätte, wenigstens könn-  
te das Land daran glauben. Niemand ist berechtigt, die Minister aus ihrer  
politischen Vergangenheit zu beurtheilen, über sie richten ihre gegenwärti-  
gen Handlungen.

Hierbei fragt es sich nun zuerst, ob sie gerecht waren gegen die  
politische Opposition, ob sie ihr Gehör gaben, sie gleichmäßig stützten, wie  
ihre Freunde.

Dies ist, wie wir wissen, nicht geschehen, aber die Regierung ver-  
sicherte fort und fort, wir wollen die Ziele der Opposition, nur in anderer  
Weise. Die Ziele sind in der That erreicht oder ihre Erreichung steht  
doch in sicherer Aussicht. Das leugnet auch die Opposition nicht, sie  
weist aber darauf hin, daß im Innern ihre Klagen nicht gehoben seien  
und macht in's Besondere dem Minister des Innern den Vorwurf, in  
seinen Verwaltungsmaximen die liberale Partei zu beeinträchtigen und  
ein unhaltbares System, ein System der Ungerechtigkeit fortzuführen, das  
sich zunächst in seiner ungemeinen Anwendung des Bestätigungsrechts  
bei Kommunalwahlen manifestire.

Man könnte sagen, daß auch hier die Absichten des Ministers  
besser seien, als seine Mittel, sie auszuführen. Will der Minister, wie wir  
annehmen, mit seinen so viel beklagten Eingriffen in die städtische Verwal-  
tung nicht etwa der Opposition auf diesem Felde Schläge versetzen, son-  
dern nur den Grundfals zur Geltung bringen, daß die Politik nicht in die

Gemeinde-Verwaltung gehöre, so fassen wir schon ein milderes Urtheil über  
seine Maasregeln, aber diese Annahme muß noch bewiesen werden.  
Die Mehrheit im Lande ist sicher damit einverstanden, daß städtische  
Kollegien als solche nicht zu politisiren haben und die Absicht des Mini-  
sters, diesem Grundsatz Vorstoß zu leisten, würde im Allgemeinen der  
Billigung sicher sein. Aber die Art und Weise, wie dies früher geschah,  
wird niemals weder die Billigung des Landes finden, noch den Zweck  
fördern. Wir wissen ja, daß Personen die Bestätigung verweigert wurde, die  
ein bloßer politischer Argwohn traf, die weiter nichts verbrochen hatten,  
als entweder gar nicht oder in oppositionellem Sinne sich an den Wahlen  
betheiligt zu haben.

Wenn heute der Minister eine bestimmte Kategorie von Oppositions-  
männern hinstellt und als solche bezeichnet, die er nicht bestätigen würde,  
so klingt das schon anders. Einem Manne, der z. B. Angesichts des  
letzten Krieges der Regierung jeden Groschen verweigern wollte, darf man  
schon nicht die nöthige politische Bildung und Besonnenheit zutrauen, um  
ihm ein städtisches Amt zu übergeben. Die Nichtbestätigung würde, wenn  
sie sich gegen dergleichen excentrische Personen richtet, also weniger die po-  
litische Gesinnung, als den Charakter treffen. Eine Versagung der Be-  
stätigung gegen solche Parteizetrenge angemessen, würde sich allenfalls rech-  
tfertigen lassen, niemals aber wegen der politischen Richtung als solcher.

Es wird wohl der Bemerkung nicht entgangen sein, daß in neuester  
Zeit von dem Rechte der Nichtbestätigung bei Kommunalwahlen ein felle-  
nerer Gebrauch gemacht worden ist, als früher. Die Säuberung der  
städtischen Kollegien von solchen Mitgliedern, die nur in der Politik leben  
und alle Dinge im Lichte dieser betrachten, hat sich inzwischen von selbst,  
ohne Maßregeln, vollzogen und es besteht wahrhaftig kein Bedürfnis mehr,  
vom Ministerium aus diesen Säuberungsprozeß zu verfolgen. Es steht  
daher zu hoffen, daß der Minister des Innern nun, nachdem „seine Ab-  
sicht erreicht ist“, sein Wort, daß „er kein Parteimann sei“, zuwiderst  
auf dem kommunalen Gebiete bewahren, von seinem Verfassungsrechte  
einen sparsamen Gebrauch machen und die Verwaltungsbehörden der  
Provinzen, die in dieser Beziehung ebenfalls nicht vorwurfsfrei sind, in  
gleichem Sinne instruiren werde.

## Deutschland.

### Preußen. △ Berlin, 26. November. Heute Morgen um

9 Uhr waren bereits sämtliche anwesende Minister zu einem Konseil  
im Palais des Königs versammelt. Nach Beendigung dieses die Dota-  
tionsangelegenheit betreffenden Konseils begaben sich die Minister  
sodort in die gleichzeitig abgehaltene Sitzung der Kommission des Abgeord-  
netenhauses zu vertraulichen Besprechungen. Die Angelegenheit wird  
damit ihrer Endschacht näher gerückt sein und darf auf eine Erledigung im  
Sinne der Regierung ziemlich sicher gerechnet werden. Wenigstens er-  
fährt man, daß die Stimmung in der Kommission entschieden, im Hause  
selber überwiegend, selbst unter den hervorragenden Persönlichkeiten der  
Fortschrittspartei, sich für eine den Intentionen des Königs entsprechende  
Lösung äußert. — Abermals taucht das Gerücht von einem bevorstehen-  
den Rücktritt des Grafen Bismarck auf; ob derselbe aus Ge-  
sundheitsrückichten oder aus politischen Gründen erfolgen werde, darüber  
scheint man sich nicht recht klar zu sein. Auf zuverlässige Information  
hin kann ich versichern, daß der Ministerpräsident an nichts weniger  
denkt, als an eine Niederlegung seiner Funktion. Vielmehr gedenkt er  
sofort nach seiner in diesen Tagen erfolgenden Rückkehr sich mit ganzem  
Eifer seiner früheren Thätigkeit zu widmen, vielleicht mit größerem Eifer,  
als für seinen wenn auch bedeutend und über jede Gefahr hinaus gebesse-  
ren, aber doch noch nicht völlig wiederhergestellten Gesundheitszustand  
wünschenswerth erscheint. Auf seine geistige Frische und Arbeitskraft hat  
übrigens die Krankheit in keiner Weise lähmend oder beeinträchtigend ge-  
wirkt. Also mit seinem Rücktritt ist es wieder einmal nichts, ebensowenig  
wie an der neu aufgewärmten Fabel von Meinungsverschiedenheiten unter  
den Mitgliedern des Ministerium ein Titelchen Wahres ist. Diesmal  
ist es der Graf zur Lippe, der bei Gelegenheit der Indemnitätsvorlage,  
wie ein Korrespondent der „Elberfelder Zeitung“ wissen will, mündlich  
und schriftlich gegen die Vorlage protestirt, und als er nicht durchdrang,  
seine Entlassung gefordert habe. Die Veranlassung zu diesem Gerücht  
wird wohl in einer schon entlegenen Zeit zu suchen sein. Vor Jahresfrist  
hatte der genannte Minister allerdings aus Gesundheitsrückichten die  
Absicht kundgegeben auszuschcheiden, die vereinigten Bitten der übrigen  
Minister aber bestimmten ihn, statt dessen einen längeren Urlaub zur  
Erholung zu nehmen. Seit damals ist von seinem Rücktritt nicht wieder  
die Rede gewesen. Was die Indemnitätsvorlage betrifft, so war dieselbe  
schon beschlossen und im Prinzip einstimmig angenommen, ehe sich der  
Graf Bismarck ins Hauptquartier begab. Als die Ausföhrung des Be-  
schlusses später folgen und die betreffende Stelle in die Thronrede aufge-  
nommen werden sollte, äußerten sich freilich verschiedene Meinungen, aber  
so unwesentlicher Art, daß auch jetzt rasch die Einigung erfolgte. — Unter  
dem Vorsitz des Geh. Oberregierungs-rathes Wehrmann ist jetzt die als  
bedorftend bereits angekündigte Konferenz der Mitglieder des Komites  
abgehalten worden, welches die Aufstellung des Plans für ein in Berlin  
zu errichtendes landwirthschaftliches Museum zur Aufgabe hat.  
An derselben nahmen außer den Genannten Theil der Geh. Regierungs-  
rath v. Salviati und die Herren Nathusius-Hundsburg und Elsner von  
Gronow-Kalinowiz. Eine Einigung hat vorläufig so weit stattgefunden,  
daß eine Vertheilung der materiellen Vorarbeiten und eine Skizzirung des  
Detailplans der von den einzelnen Kommissionsmitgliedern zur Spezial-  
bearbeitung übernommenen Branchen noch im Laufe dieses Jahres zu  
erwarten steht. Da einige Mitglieder wahrscheinlich den Auftrag erhal-  
ten werden, die Pariser Ausstellung zu besuchen, so werden dieselben auf  
ihrer Reise die ähnlichen Sammlungen in England, Belgien und Ober-  
Italien (namentlich in Mailand und Turin) in Augenschein nehmen  
und einer von ihnen wird sich nach Petersburg zur Besichtigung des dor-  
tigen Museums begeben.

△ Berlin, 26. Novbr. Die heutige Sitzung der Dotations-  
kommission des Abgeordnetenhauses war sicher nicht ohne besonderes In-  
teresse. Die Zustimmung des Finanzministers zu dem Amendement v.  
Kardorff und zwar im Auftrage der Regierung hat insofern überrascht,  
als man die entschiedene Abneigung des Grafen Bismarck gegen die Ab-  
sicht des Amendements kannte, wie sie ja auch aus dem Vortrage des Abg.  
Gr. Strachwitz erhellt, und daher vermuthete, daß das Amendement  
schon in der Kommission zurückgezogen werden möchte. Es liegt daher  
die Annahme nahe, daß die Befürwortung des Amendements seitens der  
Regierung nunmehr nur auf den Kriegsminister v. Roon bezogen wer-  
den darf. Als ganz sicher ist anzunehmen, daß Graf Bismarck durch  
das Gesetz keine Dotation erhalten wird. Es wiederholen sich indessen  
frühere Gerüchte, welche wissen wollten, daß dem Ministerpräsidenten eine  
Dotation an Grund und Boden und zwar in dem Herzogthum Lau-  
enburg zugesagt sei. Noch hat man übrigens in Abgeordnetenkreisen keine  
rechte Vorstellung davon, wie die nach dem heutigen Beschlusse gehei-  
men Kommissionsverhandlungen für das Plenum verwendet werden  
sollen, und man hört bereits, daß Anträge auf geheime Plenarverhand-  
lungen über das Dotationsgesetz hier und da angeregt worden seien. Vor-  
läufig ist zu bemerken, daß der geheime Charakter von Kommissionsver-  
handlungen nicht nur auf die Voraussetzung, daß ihr Inhalt geheim  
bleibe, bezogen werden kann, sondern daß zu derartigen Berathungen  
Niemand außer den Mitgliedern der Kommission Zutritt hat.

In der Kommission, welche sich mit den Wahlbezirken in den  
neuen Provinzen zu beschäftigen hat, werden Waldeck's Vorschläge  
auf gänzliche Umgestaltung des Gesetzes ohne Erfolg bleiben, denn die  
Konservativen haben die Majorität in der Kommission. Die Liberalen  
gehen davon aus, daß unter allen Umständen eine etwaige Ansehbarkeit  
des vermehrten Abgeordnetenhauses aus formellen Gründen vermieden  
werden müsse.

— Die „Spen. Ztg.“ schreibt: Die „Volkszeitung“ vom 23. d. M.  
enthält einen „Damals und Jetzt“ überschriebenen Artikel, welcher die  
Dotationsvorlage bespricht und die Behauptung aufstellt, daß „damals  
die Dotation erst im Jahre 1816 ertheilt wurde“. Es muß thätiglich  
berichtigt werden, daß die Dotationen durch königliche Erlasse d. d. „Haupt-  
quartier Paris, 3. Juni 1814“ folgenden, um den Staat verdienenden  
Männern: Hardenberg, Blücher, York, Kleist, Bülow, Sneyenau,  
Lauenzen, und zwar in der hier aufgeführten Reihenfolge verliehen wor-  
den. In dem bereits am 18. Juni 1814 (also zufälligerweise ein Jahr  
vor dem Tage von Belle-Alliance) schon bekannt gemachten k. Schreiben  
heißt es, daß es des Königs „erste Sorge“ sein wird, die Dotationen zu  
bewilligen. Der bald darauf wieder ausgebrochene neue Krieg hinderte  
natürlich die volle Ausführung; die Verleihung aber erfolgte unmittelbar  
nach Unterzeichnung des (ersten) Pariser Friedens, gleichzeitig mit dem  
dem Volke und dem Heere gespendeten Danke des Königs.

— Der „Weferztg.“ wird aus Dresden ein Altkunststück aus dem  
Anfang des letzten Krieges mitgetheilt, welches für die damalige Stellung  
der bairischen Regierung bezeichnend ist. Als der sächsische Hof bei dem  
Einmarsche der Preußen nach Prag flüchtete, begleitete ihn der bairische  
Gesandte, Freiherr v. Giese, der in Prag Gelegenheit fand, österreichische  
Anfichten und Absichten gründlich kennen zu lernen und darüber an Herrn  
v. d. Pfordten berichtete. Aus jener Zeit datirt das nachfolgende Schrei-  
ben des Freiherrn v. d. Pfordten an Freiherrn v. Giese:

Baiern ist entschlossen, diesen Krieg zu führen, ohne alles eigene In-  
teresse und auf die sehr nabeliegende Gefahr hin, seine Pfalz zu verlieren, le-  
diglich im Gefühle der Bundesstreue, der Pflicht und Ehre; aber es ist ebenso  
entschlossen, dabei seine Selbstständigkeit zu wahren und sich weder wie eine  
österreichische Provinz, noch seine Armee wie ein österreichisches Armeekorps be-  
handeln zu lassen, wozu große Neigung vorhanden war. Die österreichische  
Regierung hat in dem Augenblicke, als ihr eigener Vorschlag zur Entwafrung  
in Berlin angenommen war, denselben fallen lassen, und durch aus-  
gedehnte Rüstungen die kriegerische Wendung herbeigeführt; dieses berechtigt  
wohl zu der Annahme, daß Oesterreich, wie es auch fortwährend behauptet hat,  
sich stark genug fühlte, den Kampf mit zwei Gegnern aufzunehmen und daß  
es um so mehr jetzt stark genug ist, nachdem ihm die gewünschte Bundesge-  
nosenschaft gesichert ist. Wäre das nicht der Fall, so müßte jene Wendung  
der österreichischen Politik im April als eine höchst leichtsinnige Uebereilung  
aufgefaßt werden.

— Die „Köln. Z.“ enthält folgende Korrespondenz aus Koburg,  
für welche ihr die Bürgschaft überlassen werden muß: „Der Prinz Fried-  
rich von Augustenburg verweilte in voriger Woche einige Tage  
hier zum Besuch bei dem ihm von früherer Zeit näher befreundeten Herzog  
Ernst von Koburg-Gotha. Seine Stimmung war eine sehr niederge-  
schlagene und gedrückte und er beklagte bitter die Thorheit, sein Ohr fal-  
schen Rathgebern geliehen zu haben, die ihn bewogen, während seines  
Aufenthaltes in Riel Preußen auf jegliche Weise entgegenzutreten, statt  
sich die Freundschaft dieses mächtigen Staates, der nun einmal über das  
Schicksal Schleswig-Holsteins zu verfügen hatte, zu erwerben. Da der  
Prinz Friedrich jetzt endlich vollständig klar darüber geworden ist, daß  
seine Hoffnungen, ein unabhängiger Herzog von Schleswig-Holstein zu  
werden, für alle fernere Zukunft vollständig verschwunden sind, so hat er  
sich an den Herzog von Koburg gewendet, um sich durch dessen Vermitte-  
lung dem Könige von Preußen wieder zu nähern und in Unterhandlungen  
zu treten, um für eine bestimmte Appanage alle seine vermeintlichen An-  
sprüche auf diese Herzogthümer vollständig und rechtsgültig an die Krone  
Preußen abzutreten. Ob man preussischerseits hierauf eingehen wird,  
dürfte noch zweifelhaft sein, doch ist es leicht möglich, daß es geschehen wird,  
um dadurch ein für allemal alle ferneren augustenburgischen Parteima-  
növer — so gänzlich ungefährlich solche auch immerhin sind — zu ver-  
nichten. Der Herzog von Koburg hat sich wesentlich mit in Folge dieses  
Wunsches des Prinzen Friedrich von hier nach Vezlingen zu den Hof-  
jagden des Königs von Preußen begeben, um dort vorläufige Unterhand-  
lungen anzuknüpfen. Wie man sagt, soll der Kronprinz von Preußen es  
sehr begünstigen, daß der Prinz Friedrich für ein stetes Jahresgehalt von  
100,000 Thlr. alle seine Ansprüche an Preußen abtrete.“

— Nach der in Hannover erscheinenden „Zeitung für Norddeutsch-  
land“, wird von der Umgebung des Königs Georg Alles aufgeboten, um



die hannoverschen Offiziere von dem Eintritt in preussische Dienste abzuhalten. Dies Blatt meldet:

„An die hannoverschen Offiziere“ betitelt sich ein dieser Tage allen Offizieren der vormaligen hannoverschen Armee zugegangenes Flugblatt, dessen Inneres und Aeußeres seinen Ursprungsort Wien zur Genüge verräth, auch wenn man nicht von dem hohen Verfasser derselben klüßern könnte. Es hat den Zweck, die Offiziere dringend vor dem Eintritt in preussischen Dienst zu warnen. Sie sollen vielmehr ausharren in Treue bis in den Tod, oder auch bis zu den bevorstehenden „glänzenden Eventualitäten“, wo — vielleicht in 1—2 Jahren — König Georg sein Volk aufrufen werde zu dem „großen Entscheidungsfeld“, nach welchem Er wieder seinen Einzug halten wird, unter hellen Klängen der Siegeslieder und dem Raufen der alten Fahnen in freier hannoverscher Luft. Die Offiziere werden ermahnt, am Rechtsboden der Kapitulation von Langensalza, „dem Vermächtniß der liebevollen Sorge des Königs, welcher bei den Verhandlungen nur an seine Armee dachte“, festzuhalten; und die ihnen günstige Auslegung mit allen Mitteln selbst gerichtlich durchzusetzen; indem sie für die Beobachtung der Kapitulation die Ehre des Königs Wilhelm wie des preussischen Heeres engagirt bezeichnen.

Die Schrift thut ferner kund den Entschluß des Königs Georg, die Offiziere des Fahnen-Eides nicht zu entbinden, wenigstens nicht in umfänglicherem Maßstabe, so lange nicht vorher Verhoffen ein Bruch der Kapitulation die Offiziere in wirkliche Noth versetzt. Auch dann noch werden die Offiziere ermahnt, nicht zurückzufahren vor dem Darben weniger Jahre; als leuchtende Vorbilder werden ihnen empfohlen die Legitimisten und die französischen Offiziere, welche selbst die Guillotine nicht gefürchtet haben, um ihrem Könige treu zu bleiben. Wenn aber bei eintretender Noth im angeordneten Falle der Abschied gewünscht wurde, um in Privatberufskreisen oder in andere Dienste — selbstredend nicht in preussische — überzutreten: dann werde der König Georg in benachbarten Gefinnungen dazu den Abschied nicht versagen. In preussische Dienste nicht: denn wie schrecklich würde nach 1—2 Jahren bei dem Siegeszuge des Königs die Lage der Offiziere sein, die alsdann gegen welfische Feldzeichen kämpfen müßten? So schrecklich, um sich selber die eigene Waffe in den Rücken zu stecken.

Vor der Hand soll der Abschied bewilligt werden nur solchen einzelnen jüngeren Offizieren, für welche aus besonderen Gründen Eltern oder Vormünder die Unthätigkeit gefährlich erachten oder eine fortschreitende Lebensfähigkeit geboten erachten.

Die „Ztg. für Nordd.“ fügt hinzu: „Wir zweifeln nicht, daß diese Schrift denjenigen, welche aus Leidenschaft oder wohlverstandenen eigenen Interessen den Offizieren Schwierigkeiten über Schwierigkeiten bereiten, daß sie nicht aufs Neue in den Dienst des Vaterlandes treten sollen, eine willkommene Handhabe bieten wird, diese Hindernisse noch zu steigern; wir hoffen aber, daß unsere Regierung Mittel finden und anwenden wird, um durch rasche Energie die Entscheidung zu beschleunigen und denen zu Hülfe zu kommen, welche dem Wiedereintritt in den aktiven Dienst mit Verlangen entgegenharren.“

Die „Koburger Ztg.“ veröffentlicht den dem Koburger Landtage vorgelegten Vertrag zwischen dem König von Preußen und dem Herzog von Koburg-Gotha, betreffend die Staatsforsten im Kreise Schmalkalden. Derselbe lautet:

Nachdem Sr. Maj. der König von Preußen und Sr. Hoheit der Herzog von S. Koburg-Gotha beauftragt Verabredung über die Sr. H. dem Herzog für die während des Krieges von Ihm gebrachten Opfer zu gewährenden Entschädigung Bevollmächtigte ernannt haben, nämlich: Sr. Majestät der König von Preußen: Seinen Wirklichen Geh. Rath, Kammerherren und Geleuteten Karl Friedrich von Savigny, Ritter zc.; Sr. Hoheit der Herzog von S. Koburg-Gotha: Seinen Staatsminister, Wirklichen Geh. Rath, Doktor der Rechte, Camillo Richard Freiherr v. Seebach, Ritter zc., so find die gedachten Bevollmächtigten nach erfolgtem Austausch ihrer in guter Ordnung befundenen Vollmachten über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

Art. 1. Sr. Maj. der König von Preußen, geleitet von dem Wunsch, Sr. H. dem Herzog von S. Koburg-Gotha für die im Laufe der letzten kriegsgerischen Ereignisse gebrachten Opfer eine Entschädigung zu gewähren und zugleich einen Beweis des Anerkennnisses der getreuen Bundesgenossenschaft Sr. H. vom ersten Anfang des Krieges bis zuletzt und der thätigen und wirksamen Theilnahme des herzoglichen Kontingents an der kriegerischen Aktion zu geben, tritt die in der ehemals kurbessischen Herrschaft Schmalkalden gelegenen Staatsforsten mit allem Zubehör an Forstbäumen, Forstschäfereien, Feld- und Wiegengrundstücken, Teichen, Fischereien, Inventarien zc. an S. H. den Herzog von Koburg und Gotha ab in der Eigenschaft eines integrierenden Bestandtheils des Domänenbutes in den Herzogthümern Koburg und Gotha, mithin als fideikommissarisches Privat-Eigentum des herzoglich sachsen-gothaischen Gesamtthauses. — Seiner Hoheit dem Herzog bleibt vorbehalten, die rechtlichen Verhältnisse dieses Domänenbestandes durch haushaltungsrechtliche Bestimmungen näher zu regeln und festzustellen, und wird Sr. Majestät der König diejenigen Maßregeln eintreten lassen, welche die Rechtsgültigkeit dieser Bestimmungen in dem königlich preussischen Staatsgebiet zu sichern geeignet sind. Der Uebertritt der von der vormaligen kurbessischen Regierung für die Schmalkalder Staatsforsten angestellten Beamten und Diener in den Dienst Sr. Hoheit des Herzogs bleibt der beiderseitigen freien Vereinbarung überlassen. In Betreff der Besteuerung unterliegen die Schmalkalder Domänenforsten den für die Forsten des königlichen Hausfideikommisses geltenden Bestimmungen. Die Bewirtschaftung derselben ist einer Staatsaufsicht nicht unterworfen. Die Uebergabe der Forsten mit Zubehör ist mit der Vollziehung dieses Vertrags als bewirkt zu betrachten. Mit derselben gehen auch die noch in den Forsten lagernden Hölzer, inwieweit dieselben nicht bereits in das Eigentum Dritter übergegangen sind, inwieweit die vorhandenen Einnahmehoffnungen in das Eigentum Sr. Hoheit des Herzogs über. Art. 2. Sr. Hoheit der Herzog

übernimmt es dagegen, den Staatsangehörigen der Herzogthümer Koburg und Gotha 1) die Kosten, welche denselben durch die Verpflegung der feindlichen bayerischen und hannoverschen Truppen erwachsen sind, und 2) den durch die von den bayerischen Truppen ausgeschriebenen Requisitionen entstandenen Aufwand zu ersetzen, sowie 3) die Schäden zu vergüten, welche dieselben durch die hannoverschen Truppen und die gegen diese zur Anwendung gekommenen militärischen Operationen erlitten haben. Art. 3. Die Allerhöchste und Höchste Genehmigung wird vorbehalten und soll die Auswechslung derselben binnen acht Tagen stattfinden.

Berlin, den 14. September 1866.

(L. S.) gez. v. Savigny.

(L. S.) gez. v. Seebach.

Der Kultusminister hat folgende Herren für den Prüfungstermin 1866—1867 zu Mitgliedern der medicinischen Ober-Examinations-Kommission ernannt, nämlich: Im chirurgischen Prüfungs-Abschnitt: den Privatdocenten Dr. Mitscherlich und den Geheimen Sanitätsrath Dr. Wilms, alternierend mit dem Stabsarzt Dr. Fischer und dem Privatdocenten Dr. Ravoth; im medicinischen Prüfungs-Abschnitt: den Geheimen Medicinalrath Dr. Ebert und den Privatdocenten Dr. J. Meyer, alternierend mit dem Medicinalrath Dr. Krieger und dem Privatdocenten Dr. Mannkopf; im geburtsärztlichen Prüfungs-Abschnitt: den Geheimen Medicinalrath Dr. Martin und den Privatdocenten Dr. Kristeller. Auch ist verfügt worden, daß die chirurgischen Prüfungen diesmal im Charité-Krankenhaus abgehalten werden und am 10. Dezember beginnen sollen.

Hannover, 25. November. Das Generalgouvernement hat vorgestern in förmlicher Weise von den hiesigen Schloßern und sonstigen der Krone gehörenden Gebäuden zc. im Namen König Wilhelm's Besitz ergriffen. Zugleich ist Verfügung getroffen, daß keine Gelder mehr außer Landes gehen. Wegen der Werthpapiere, die außer der Generalkasse zur Zeit der Katastrophe nach London geschafft wurden, sind von den Bankiers, denen sie gehören, hier Klagen bei Gericht erhoben. Die verlagte Behörde, das Finanzdepartement, wird dem Könige Georg den Streit verkünden und ihn vor das hiesige Obergericht laden lassen. — Den welfischen Agitationen in den Offizierkreisen, welche in den letzten Zeiten lebhafter als zuvor eine verjöhnende Lösung der Militärfrage zu bereiten suchten, wird durch die gestern publicirte Cabinetsordre die Spitze abgebrochen, wonach die ehemaligen hannoverschen Offiziere bis zum 1. Januar in die preuß. Armee übertreten oder pensionirt werden wollen. Der Generalgouverneur rath in einer öffentlichen Bekanntmachung um so mehr zur Eile, als nach dem 1. Januar die auf Grund der Kapitulation von Langensalza gewährten Zahlungen nicht mehr in Aussicht ständen. — Der frühere Finanzminister Erxleben hat sich in einer Flugschrift über die hannoverschen Finanzen vernehmen lassen. Er wünscht Bildung eines Provinzialfonds für rein hannoversche Zwecke unter Verwaltung einer unabhängigen hannoverschen Centralbehörde, Beibehaltung einer Ständeverammlung, die mit Ausschluß einer Mitwirkung des preussischen Landtages die hannoverschen Provinzialgesetze zu beraten hätte, und Verlassung des sogenannten Klosterfonds in seiner bisherigen Bestimmung für hannoversche Unterrichtszwecke.

Gutem Vernehmen nach ist gestern Nachmittag der Marfiall des Königs Georg auf Veranlassung der Regierung mit Beschlag belegt worden.

Königsberg, 23. November. Auf Anregung des Vorstheramts der hiesigen Kaufmannschaft findet am 5. Dezember und den folgenden Tagen in Berlin eine Konferenz von Vertretern preussischer Seehandelsstädte über die Behandlung des Seehandels im Zollvereine statt. Memel, Danzig, Stettin haben außer Königsberg bereits zugesagt, andere Plätze restituiren noch mit ihrer Erklärung; auch die vormaligen hannoverschen Häfen, Harburg, Emden und Leer sind zur Theilnahme aufgefordert. Sollte einer der Theilnehmer oder eine an der Theilnahme behinderte Handelscorporation besondere Wünsche in Betreff der Verhandlungsgegenstände hegen, so wäre es wünschenswerth, daß dieselbe dem Vorstheramte der hiesigen Kaufmannschaft, oder, falls dazu nicht mehr Zeit, dessen Deputirten, den Herren Consul Klegenstüber und Stephan mitgetheilt würden, welche schon am 4. Dezember in Berlin eintreffen und im Hotel d'Angleterre wohnen werden. (N.-Z.)

Bayern. München, 22. November. Daß Gerücht, daß Herr v. d. Pfordten die Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten niederlegen werde, gewinnt immer größere Bestimmtheit. Als Nachfolger bezeichnete man eine Zeitlang den früheren bairischen Minister v. Edelsheim, doch scheint dabei zunächst nur die Absicht der Freunde seiner politischen Anschauung vorgelegen zu haben, die Aufmerksamkeit auf diese Persönlichkeit zu lenken. Jetzt wird mit größerer Wahrscheinlichkeit Prinz von Hohenlohe als Nachfolger des Herrn v. d. Pfordten genannt.

Sachsen. Dresden, 25. November. Daß Minister von Beust zur Regelung seiner Privatangelegenheiten und zur Abholung seiner Frau und Familie auf einige Tage nach Dresden zu kom-

men beabsichtige, haben wir bereits früher gemeldet. Es wird unser Leser interessieren nun zu vernehmen, daß es hier einige sächsischen Exaltirten giebt, die alles, was in ihren Kräften steht, anwenden, um dem jetzigen österreichischen Staatsmann durch einen großen Fackelzug eine elegante Ovation zu bereiten. Diesen kopflosen Leuten ist alles recht, was in ihren Augen wie eine Demonstration gegen Preußen erscheint. Sie bilden sich ein, daß Preußen in Herrn von Beust den gefährlichsten Mann für seine Politik erkennt und bei dessen Hiersein sogleich erschrocken sein: „Hannibal vor den Thoren! rufen werde. Diesen Ruf recht geflüßelt hervorzulocken, ist die Absicht der Huldigung, die man dem Minister von ehem bereiteten will. Günde sie in der That statt, so find wir jedoch überzeugt, daß man in Berlin über diese wie manche andere Kinderei nur lächeln würde. Aber sie wird ohne Zweifel nicht einmal stattfinden. Das Häuflein jener Preußenfreier ist doch nur klein und wenn es ja mit seiner politischen Spelakellust nicht zur Ruhe kommen könnte, so würde ohne Zweifel die Regierung sich bemüßigt finden müssen, ihr Einhalt zu gebieten, weil sie eben nur auf Standal ausgeht und ohne alle politische Ursache ist. Herr v. Beust ist, wie ihm kein Unparteiischer ableugnen wird, ein äußerst gewandter, rühriger und befähigter Staatsmann. Wenn er in Sachsen wenig liberal auftrat, so geschah dies, weil die Bevölkerung mehr Liberalismus nicht beanspruchte, überhaupt nach dem berühmten Maistrand 1849 politisch so zu sagen abgebannt hatte. Unter Beust ereignete sich in Sachsen der kuriose Umstand, daß die Regierung weit freisinniger war als die Verfassung. Die Gesetze waren streng, allein man handhabte sie milde — wenigstens zuletzt. Es beweist dies großen Takt des Ministers, aber doch zugleich wenig Respekt vor dem Volke. Aller Respekt, den eine Regierung einem Volke beweisen kann, liegt in dem Geist der Gesetze und nur sehr bedingt in der Art und Weise wie sie ausgeführt werden. Nur Gesetze, die eine illiberale Regierung unmöglich machen, sind einer freien und gebildeten Nation wahrhaft würdig. Herr v. Beust könnte nicht ohne Schaden eine Huldigung sächsischen Unterthanen in Empfang nehmen, schon deswegen nicht, weil er viel zu klug ist, um deren Grund nicht zu begreifen. Er meint es viel zu gut mit dem sächsischen Hofe, um diesem Verlegenheit zu bereiten und denselben in eine schiefe Stellung zu Preußen zu bringen. Sicher wird er allen politischen Demonstrationen hier aus dem Wege gehen und lieber gar nicht kommen, als sie durch seine Herkunfts hervorgerufen. Wir glauben hier ziemlich gut unterrichtet zu sein, wenn wir mittheilen, daß in seiner Familie und unter seinen nächsten hiesigen Freunden diese Eventualität bereits ins Auge gefaßt worden ist. Zum Belage dieses Umstandes sei hier noch angeführt, daß bereits im Sommer Hr. v. Beust ein mal in Dresden, jedenfalls auf seiner Villa in Laubgast war, ohne daß man hier in der Öffentlichkeit etwas davon erfuhr.

Erwähnt sei hier noch, daß in diesen Tagen Sachsen in dem Rabinetsrathe Kohlshütter nicht nur einen aufrichtigen Patrioten, sondern auch einen Regierungsbeamten von ausgezeichneten Fähigkeiten und einem Geiste durch den Tod verloren hat, der nicht nur auf der Höhe der Zeit, sondern auch auf durchaus verständlichem Standpunkte sich befand. Er war im Beust'schen Cabinet eine hervorragende Kraft und jetzt doppelt auf seinem Platze.

Wie wir hören, wird sich die national-liberale Partei, so weit sie hier vorhanden, mit dem liberalen Central-Wahlkomitee für die sämmtlichen zum Norddeutschen Bunde gehörenden Staaten in direkter Verbindung setzen, um die gemeinsamen Angelegenheiten und Interessen möglichst zu fördern.

## Oesterreich.

Wien, 26. Novbr. Die heutigen Morgenblätter veröffentlichen den von der Adresskommission des Niederösterreichischen Landtages angenommenen Adressentwurf an den Kaiser, in welchem um Einberufung des Reichsraths ehrerbietig gebeten wird.

## Großbritannien und Irland.

London, 23. November. Aus Dublin wird telegraphisch gemeldet, daß zwei mit dem Dampfer von Liverpool in Cork angekommene Kisten von der Polizei geöffnet wurden. Die eine enthielt 50 ganz neue Enfieldbüchsen nebst Bajonetten, die andere 30 Büchsen und eine Anzahl Kugelformen. Die ganze an John Daly u. Co. adressirte Sendung wurde polizeilich mit Beschlag belegt und ein im Dienste der Firma stehender Mann, Namens Tracy, verhaftet.

Aus den Gegenden, die durch die Ueberschwemmungen gelitten haben, treffen allmählich bestimmtere Nachrichten ein. Der Verlust an Menschenleben wird jetzt im Ganzen auf dreißig angegeben. Im Thale des Calderflusses berechnet man den Schaden auf 300,000 Pfd. St., in Wakefield und der Umgegend auf 100,000 Pfd. St. und in Dewsbury auf 50,000 Pfd. St. In Salford, wo eine öffentliche Versammlung gehalten wurde, um Maßregeln zur Unterstützung der Betroffenen

## H. Ehrlich, Pianist.

Die individuelle Geistesrichtung, welche diesen edlen Künstler ansehnlich, trat in dem Konzert am Sonnabend minder charakteristisch hervor, als sich dieselbe gestern offenbarte, wo Herr Ehrlich vor einem kleinen Publikum nochmals im Saale des Herrn Kommissionsrath Falk konzertirte. Der Eindruck, welchen wir mit fortgenommen haben, ist ein so ungewöhnlicher und überwältigender, daß es schwer hält, es auszusprechen, mit welcher gewaltigen Macht die Kunst an uns herantreten ist. Ehrlich ist nicht ein Virtuose im gewöhnlichen Sinne des Wortes, überhaupt paßt diese Bezeichnung durchaus nicht auf ihn. Von dem Virtuosen, welchem nicht immer die reellsten Grundlagen unterbreitet sind, klebt ihm auch nicht das Geringste an, und wir würden es für eine Verläumdung halten, wollten wir Herrn Ehrlich schlechtweg mit dieser Bezeichnung abreiben. In ihm tritt uns vielmehr endlich einmal nach langem vergeblichen Harren eine echte Künstlerkraft entgegen. Diejenigen Fertigkeiten und technischen Mittel, welche man geneigt ist beim Virtuosenhum zu bewundern, besitzt Ehrlich im vollendeten Grade, aber er geht nicht darauf aus, diesen das Kunstwerk unterzuordnen, sie zur Ausübung gewisser Forgen brillanter Klangeffekte zu verwenden, sondern er benützt die Meisterkraft nur, um dem Zuhörer den würdevollsten Ausdruck zu geben und zeigt sich darin als Meister, als ein ganzer Meister. Eine solche fein angelegte Künstlernatur ist es auch nur im Stande, den spekulativen, schlüpfrigen Standpunkt zu verlassen, auf welchem der Mode und dem oft albernen Zeitgeschmack gebuldet wird und auf dem festen mit dem edelsten Geistei geketteten Boden der klassischen Musik zu stehen, welche durch Handel, Bach, Beethoven u. s. f. dem deutschen Geiste und deutscher Intelligenz das Adelsdiplom aufdrückt. Diese Musik ist es, welche Ehrlich in einer Umwerflichkeit, Aufrichtigkeit und Wahrheit vorführt, daß dem Hörer neben dem vollendeten technischen Formenausdruck nicht nur das allgemeine Gefühl musikalischer Schönheit durchdringt, sondern daß auch der weniger gebildete Zuhörer befähigt wird, auf die Intentionen der Komposition einzugehen. Wir beweisen dies einfach mit der gebürten Fuge E-moll von Handel. Ein großer Theil des Publikums versteht unter dieser Kunstform weiter nichts als einen Wirrwarr von Tönen, deren Erklärung in der Antwort jenes Examinanden zu suchen wäre, der gefragt wurde, was „Rechnen“ heiße und antwortete: „Mit Zahlen umspringen“. Also „mit Tönen umspringen“, so denkt sich mancher die Fuge, und einen andern Eindruck kann ein gewöhnliches Fugenspiel, selbst wenn es nicht ganz schlecht ist, auf den ungebildeten Musiker nicht machen. Wer aber Ehrlich

die Händel'sche E-moll spielen hörte (und wir bedauern das Publikum, welches sich Sonnabend vielleicht aus Angst vor herumspringenden Tönen diesen hohen Genuß durch den Wunsch nach der Cis-moll verweigerte), der wird die Kunstform nicht nur von nun an achten, sondern er wird das volle, klare Verständnis wenn auch noch nicht haben, doch anbahnen und in Zukunft reif werden, polyphone Musik zu verstehen, selbst wenn er keine Ahnung von dux, comes, proposta zc. haben sollte, wenn er nicht etwa des Urgeistes musikalischer Fassungskraft des Obres entbehrt. Was nun aber Ehrlich besonders befähigt, die bedeutendsten Meisterwerke in solcher geistigen Tiefe aufzufassen, ist neben dem gründlichsten umfassenden Studium auf dem Gebiete der Musik, der allgemeine hohe Bildungsgrad, dessen sich der Künstler zu erfreuen hat. Von reicher, hervorragender Begabung, eine wissenschaftliche Gelehrtenlaufbahn, nach welcher er als doct. phil. promovirte, eingeschlagen, ist er nach einer solchen Vielseitigkeit ausgezeichnet, wie sie selten ein Musiker aufzuweisen bat. Hohe Bedeutung hat seine schriftstellerische Thätigkeit, welche sich nicht allein auf musikalischen Grunde bewegt, sondern die auch andere Gebiete so sicher beherrscht, wie der Künstler das Klavier. Nicht Eingeweihten dürfte es vielleicht interessant sein, zu erfahren, daß Ehrlich der Verfasser des Epoche machenden im Jahre 1860 erschienen Werkes: „Kunst und Handwerk“, sowie des Romans: „Abentheuer eines Emporkömmlings“ ist. Die geistreichen Kritiken und Artikel in der Berliner allgemeinen Musikzeitung mit H. E. unterzeichnet, und andere Arbeiten in den besten Journalen, wir nennen nur den Hausfreund von Wachenbusen (Der Mönch und x) sind ebenfalls Produkte dieses scharfen Kopfes, von dem wir außerdem rathen müssen, daß er im persönlichen Umgang das intelligente, geistesprägende, durch und durch ethliche Wesen beibehält, das uns in seinen Produktionen so bewältigend entgegen tritt, nicht zu denken des treffenden Wises, den er wie schreibende Finken anspricht. Durch und durch eine noble Künstler-Natur, der glücklicherweise von dem verächtlichen Sperrern und insamen Dünkel der meisten Kunstjünger nichts anhängt. In Bezug auf die künstlerische Leistung liegt ein Vergleich mit Mendel, dessen hohe Bedeutung für die Romantiker wir ohnängst ausstießen, sehr nahe und wir können ihn nicht passender geben, als wenn wir die scherzhaften Worte eines Musikgelehrten erwähnen: Mendel ist ein Bündel und Ehrlich ein Strich, an welchem die musikalische Kunst-Zugend verknüpft ist, hinaus zu turnen.

Von den Einzelheiten erwähnen wir die Cis-moll-Sonate. Die Fassung zeigte die erste Künstlernatur, der es eben nur darauf ankam, den tief-lebenshaften Ausdruck hineinzu legen, den Beethoven vorgezeichnet. Im ersten Satz war uns die Art, wie die Cantilene auftritt, überraschend neu,

weil nämlich in den Triolenfiguren die begleitende Stimme den ersten Ton nicht verband, beispielsweise beim Anfang des 1. Satzes, es, e gebunden. Dadurch tritt allerdings, namentlich im pp. die Cantilene prägnanter hervor, besonders nöthig, weil Ehrlich im Gebrauch des Pedals eine Weisheit beobachtet, welche gewöhnlich ganz übersehen wird, aber doch fremdartig ist. — Das Allegretto, von dem wir lest äußerten, es fände sich eigentlich kein richtiger Zusammenhang mit dem ersten und nachfolgenden letzten Satz, nahm der Künstler langsam, als man es gewohnt ist, und wir gestehen, daß dadurch und durch ein größeres legato die Wirkung eine außerordentlich erhöhte war. Der letzte Satz in seiner sprühenden Geistesfülle, in äußerst vollendeter Korrektheit, trat durch den klaren, präcisen, wenn wir uns des trivialen Ausdrucks bedienen dürfen, geleckten Anschlag, in seinem ganzen leidenschaftlich gefüllten Feuer aufs Wundervollste hervor. Von den andern Werken erwähnen wir namentlich Chopin, welchen der Künstler in seiner ganzen Individualität aufs geistreichste erfakt und in der genialsten Weise vorführt. Von eigenen Kompositionen, wir bewundern dabei die große entfangende Bescheidenheit des Kompositors, führte er nur eine Suite: a) Polonaise, b) Valse, c) Polka, Etude, vor. Von entschiedener Bedeutung, weil erhaben über den Kram nichts sagender Klavieren ist die Polonaise, deren zweiter Satz auf kontrapunktischem Fundament erbaut, die Befähigung des Komponisten aufs Glänzendste zeigte.

Nicht mit Unrecht warfen wir dem Künstler vor, daß er an diesem Tage seine Natur nicht ins volle Licht setzte, und die Hauptmittel, denen er seine Höhe verdankt, zurücktreten ließ. Den ganzen innersten Kern seiner Meisterkraft entfaltete er dagegen am Sonntag Nachmittag; da strömte die Kraft unserer großen Meister wie ein Feuerbrand, der nicht als Strobfener loderte, sondern anhaltend zündete, aus dem riesigen Gedächtnis des Künstlers, der über zwei Stunden lang die Anwendungen zur größten Vereinerung hinriß Schubert's wunderbare A-moll-Sonate (Volkst dem Lehrer Ehrlich's gewidmet); Bach, Bräutchen in G-moll, As-dur; Handel, Fuge E-moll, in wahrhaft titanenhafter Größe; Mendelssohn, Elias-Ouverture, Adagio der C-moll-Sinfonie von Beethoven im 1. Theile des Arrangement; Chopin, Etuden, Bräutchen u. s. f. boten einen so reichen Genuß, für den wir den vollsten Dank ausdrücken in dem wohlthuenden Gefühl, doch endlich einmal ohne jeden Schattenfleck die volle Befriedigung empfunden zu haben.

In der Hoffnung, daß Ehrlich im Laufe des Winters wiederkehre und in einem größeren Konzert unserem nicht unermesslichen Publikum die Helden der musikalischen Kunst, unsere klassischen Meister weiter vorführe, schließen wir unseren Bericht.



zu berathen, waren 2685 Häuser überschwemmt und 3124 Personen außer Beschäftigung.

London, 25. Novbr. Weiteren Nachrichten aus Newyork vom 23. d. zufolge betrug der Eingang an Baumwolle in sämtlichen Nordhäfen in der letzten Woche 60,000 Ballen. Die Ernte wird auf 2 Millionen Ballen geschätzt.

### Frankreich.

Paris, 24. November. Der „Avenir National“ theilt ein Telegramm mit, nach welchem der Papst die Kaiserin und den kaiserlichen Prinzen eingeladen hat, die Weihnachts-Feiertage in Rom zuzubringen. Alle Blätter beschäftigen sich mit dieser Reise, welche jedoch der Staatsminister Rouher noch immer bekämpfen soll. In Florenz tröstet man sich damit, die Kaiserin habe vor, der Ausgleichung das Wort zu reden, doch giebt es nur wenige politische Köpfe, welche daran glauben, der heilige Vater werde einer schönen Frau gewähren, was die Diplomatie Frankreichs, Italiens und Englands nicht zu bewirken vermocht hatten. Daß aber in Rom bis zur Stunde noch nicht die versöhnlichsten Gefinnungen vorwalten, beweist die Sprache des „Giornale di Roma“. Trotz alledem und alledem heißt es, Graf Sartiges, der endlich heute auf seinen Posten zurückkehrt, habe den Auftrag erhalten, den Besuch Ihrer Majestät auf das Bestimmteste in Aussicht zu stellen.

### Italien.

Florenz, 21. Novbr. Der König ist gestern Abend mit seinen Söhnen und dem Prinzen Carignan hier angekommen. Die Bevölkerung strömte massenweise herbei. Ricasoli erwartete den König auf dem Bahnhofe, auch General Fleury hatte sich auf den Bahnhof begeben. Er ist Ueberbringer eines eigenhändigen Schreibens Napoleons III. Die Eröffnung des Parlaments bleibt nach wie vor auf Mitte Dezember festgesetzt, und die Thronrede wird jedenfalls eine der bemerkenswerthsten sein, die Victor Emanuel jemals gehalten hat, denn bis dahin wird er die wichtige Thatsache, die Räumung Roms, ankündigen und auch Andeutungen über den Erfolg der durch die französische Regierung beantragten Unterhandlungen machen können. Es heißt, einer der italienischen Kirchenfürsten, welcher das Vertrauen des Cabinets von Florenz genießt, habe es auf sich genommen, in Rom zu Gunsten einer Vereinbarung thätig zu sein. Näheres ist noch nicht bekannt.

Der „Florentiner Staatsanzeiger“ bringt jetzt den vollständigen Wortlaut des Rundschreibens des Ministerpräsidenten Ricasoli. Dasselbe zerfällt in zwei Abschnitte, worin der erste speciell sich mit Rom beschäftigt, während der zweite ein Programm für Italiens innere Gestaltung, nach völliger Abschluß der Fremdherrschafts-Periode durch den Abzug der Franzosen von Rom, enthält. Die Hauptstelle ist die, welche sich auf Rom bezieht. Es heißt darin: Italien hat Frankreich und Europa die Zusage ertheilt, sich nicht zwischen Päpste und Römer einzumischen und diesen jeden Versuch über die Lebensfähigkeit eines Kirchenfürstenthums sich vollziehen zu lassen, das in der civilisirten Welt nunmehr ohne Beispiel und im Widerspruch mit dem vollbrachten Fortschritte ist. Italien muß sein Versprechen aufrecht erhalten und von der Wirksamkeit des Rationalprinzips erwarten, daß dieses den unfehlbaren Triumph seiner Rechte herbeiführe. Demnach muß jede Agitation, welche die römische Frage zum Vorwande nehmen wollte, widerstrafen, getadelt, verhindert und niedergehalten werden, gleichviel, welchen Charakter sie zeigt; denn es darf kein Grund zu dem Verdachte geboten werden, als stehe Italien im Begriffe, in irgend einer Weise dem gegebenen Versprechen untreu zu werden und es darf durchaus nicht versucht werden, um es dahin zu bringen, daß es dasselbe verlegt, weil ihm auf diese oder jene Art ein Präjudiz geschaffen oder ihm ein schwerer Schaden bereitet würde. Wohl weiß ich, daß die doppelte Eigenschaft des Pontifex manchen Leuten einen Grund an die Hand giebt, um die politische und die religiöse Frage durch einander zu mengen und die ängstliche Gewissen mit dem Zweifel zu beunruhigen, als wolle die italienische Regierung die Unabhängigkeit des geistlichen Hauptes des Katholicismus beschränken und die Freiheit der Kirche verletzen. Die Beschlüsse der italienischen Regierung liefern aber den Beweis, daß sie in religiösen Angelegenheiten kein anderes Reich kennt und keine andere Regel gestattet, als die der Freiheit und des Gesetzes, und daß sie in den Dienern des Kultus weder Privilegien noch Märtyrer haben will. Allerdings darf das Haupt der Katholiken, die über die ganze Welt verbreitet sind und die große Mehrzahl der italienischen Nation bilden, Bürgschaften beanspruchen, daß er frei und unabhängig sein geistliches Amt verwalten kann. Die italienische Regierung ist mehr als jede andere bereit, die Bürgschaften zuzugestehen, welche für geeignet erachtet werden sollten, um diese Freiheit und Unabhängigkeit zu schützen, weil sie mehr als jede andere überzeugt ist, daß dieselben zugestanden werden dürfen, ohne daß die Rechte der Nation, deren Vertreterin sie ist, dadurch verletzt werden.

### Rußland und Polen.

Petersburg, 25. Novbr. Das Kriegsministerium hat einen Konkurs zur Uebernahme der Umgestaltung von 162,000 Gewehren in Hinterlader ausgeschrieben. Die betreffenden Arbeiten sollen in Petersburg, Moskau, Kiew, Odessa, Wilna und Warschau vorgenommen werden. Bis zum 28. Novbr. (9. Decbr.) sollen die Angebote bei der Artillerieverwaltung des Kriegsministeriums eingereicht sein.

### Amerika.

Die neuesten Posten aus Montevideo, 15. Oktober, berichten über die Ereignisse am La Plata einiges Nähere: „Nach den Gefechten vom 17., 18. und 19. September bezogen die Allirten auf einige Tage ein Lager, um sich einigermaßen zu erholen. Da am 22. das Wetter sich besserte, war das brasilianische Geschwader im Stande, seine Position vor Curupaity wieder aufzunehmen und eröffnete das Feuer um 7 Uhr Morgens. Um 11 Uhr 30 Min., als die 3 Panzerschiffe „Brazil“, „Tamandore“ und „Baroso“ den Eingang in die den Rio Paraguay sperrende Verbarrung trotz der fürchterlichen Kanonade und des Hagels von Geschossen, womit die Batterien sie begrüßten, erzwingen hatten, stürzten sich die drei Sturmcolonnen unter den Generalen Mitre, Barto und Allegre gegen die Verschanzungen und nahmen mit großer Bravour den ersten, 7 Fuß tiefen und 9 Fuß breiten, mit leichter Artillerie vertheidigten Graben. Die Truppen des Marschalls Lopez führten ihre Geschütze ab und zogen sich in guter Ordnung auf ihre zweite Vertheidigungslinie zurück, die durch einen weiteren Graben, von 18 Fuß Breite und 15 Fuß Tiefe, und eine dahinter liegende hohe mit 68 Geschützen garnirte Brustwehr gedeckt war. Außerdem beherrschten zwei starke Blockhäuser auf den Flügeln der Werke das Gelas und konnten im Nothfalle, wenn der Feind auch diese Verschanzung genommen hätte, dieselbe der Länge nach bestreichen. Nachdem hier die Sturmcolonnen der Allirten den Kampf gegen eine höchst mörderische Geschützfeuer muthvoll aufrecht erhalten hatten, sahen sie sich nach beträchtlichen Verlusten gegen 3 Uhr Nachmittags zum Rückzuge genöthigt

und nahmen ihre früheren Positionen bei Curupaity und Tuhuti wieder ein. Die Flotte ihrerseits war auch nicht glücklicher. Admiral Tamandore nahm an dem Sturme Theil mit zwei Panzerschiffen, zwei Bombenschiffen, drei flachen Booten und einer großen Anzahl von Kanonenbooten und anderen Barken zur Entfernung und Zerstörung der Höllemaschinen, die das Bett des Flusses unsicher machten. Gegen 1/2 Uhr nach einem neunstündigen Kampfe wurde die Flotte zum Rückzuge gezwungen; ihr ganzer Erfolg bestand in der Demontirung dreier feindlicher Geschütze. Dabei war sie noch zu Lande von einem brasilianischen Bataillon, das durch sein Feuer die feindliche Artillerie belästigen sollte, unterstützt worden. So schlugen die mit 56 Zweimündreißig- und Achtundsechzigpfündern armirten Batterien von Curupaity die gleichzeitigen Angriffe einer Armee von 15,000 Mann und einer starken Flotte siegreich zurück, und machten nach der eigenen Abschätzung der Allirten mehr als 4000 Mann kampfunfähig. Die Verluste des Präsidenten Lopez sind noch nicht bekannt, doch müssen sie bei der Ausdehnung der Befestigungswerke und einem 12stündigen Geschützfeuer von Seiten der Allirten sehr beträchtlich sein.

### Vom Landtage.

#### Herrenhaus.

(13. Sitzung vom 26. November.)

Eröffnung 1 1/4 Uhr. Die Tribünen sind fast leer, die Bänke des Hauses sind sehr schwach besetzt, es sind etwa 40 Mitglieder anwesend. Am Ministertische die Minister Graf Benplis und Graf zur Lippe. Präsident Graf zu Stolberg theilt mit, daß nach einem von dem Ministerium des Innern eingegangenen Schreiben der Fehr. v. Bodelschwing, der Kammerherr Richard v. Elsner und Herr v. Wedell zu Mitgliedern des Herrenhauses ernannt worden sind. Der Kammerherr v. Elsner ist bereits in das Haus eingetreten und wird vom Präsidenten begrüßt. Darauf werden mehrere aus dem Abgeordnetenhaus eingegangene Mittheilungen verlesen. — Von einem Herrn Ablemann aus Augustenburg auf Alsen ist die Abschrift eines an das Abgeordnetenhaus gerichteten Schreibens eingegangen, welches in dem Bureau des Hauses zur Einsicht ausgelegt wird. — Der Präsident macht sodann Mittheilung von dem erfolgten Ableben der Mitglieder des Hauses Graf Hardenberg Langwitz und Fürst von Bentheim-Steinfurt. — Das Haus erhebt sich, um ihr Andenken zu ehren. Handelsminister Graf Benplis bringt sodann einen Gesegentwurf ein, betreffend die Regelung der Neubauten in Städten und Dörfern, der auf seinen Antrag einer besonderen Kommission überwiesen wird. Schluß 1 1/4 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

#### Haus der Abgeordneten.

Berlin, den 26. November. Unsern heutigen Sitzungsberichte stellen wir zur besseren Orientirung das Referat über die erste Sitzung der Dotationskommission voran, die heute Vormittag 10 Uhr (vor der Plenarsitzung des Hauses) in Gegenwart der Minister des Innern und der Finanzen stattgefunden hat. Der Kommission, deren Vorsitzender Abg. v. Baerst und deren Berichterstatter der Abg. Stavenhagen ist, lag zunächst ein Amendement des Abg. v. Kardorff und Genossen (darunter Prinz zu Hohenlohe, Graf Bethusy-Buc, Adenbach, Holzappel u. a.) vor, in dem Gesegentwurf hinter das Wort „Verführer“ zu setzen: „und Staatsdiener“. Abg. Graf Strachwitz würde es unterstützen, wenn nicht der Wunsch des Herrn Ministerpräsidenten, in den Gesegentwurf nicht mit aufgenommen zu werden, durch einen circulirenden Brief desselben bekannt geworden wäre. Referent Abg. Stavenhagen erklärt sich für das Amendement, in erster Reihe jedoch für Aufnahme der Namen derer in das Gesetz, denen die Nationalbelohnung, wenn es eine sein solle, zugebacht ist. Finanzminister v. d. Heydt bezeichnet die Nennung der Namen und die Diskussion über dieselben als peinlich und zu vermeiden. Dem König, welcher das Heer geführt habe und daher die Wahl der zu belohnenden Heerführer am besten treffen könne, sei die Disposition zu überlassen. Für die Führer selbst würde die Diskussion über die Personen peinlich sein. Dem Amendement v. Kardorff stimmte der Herr Minister im Namen der Staatsregierung bei und fügte, als der Abg. v. Hoyerbeck die Nennung der Namen und Angabe der Zahlen beantragte, hinzu, daß die Staatsregierung einem vom Hause mit Namen und Zahlen versehenen Gesegentwurf ihre Zustimmung verweigern müsse. Einem von anderer Seite gestellten Antrag, daß die Verwendung der vom Hause bewilligten Summe durch königl. Verordnung erfolgen solle, glaubte er seine Zustimmung ertheilen zu können. Präsident v. Fordenbeck, der als Vorsitzender des Hauses nach der Geschäftsordnung an den Verhandlungen aller Kommissionen Theil nimmt, schloß als Auskunftsmitglied vor, ob es nicht angezeigt sei, nach Art. 32 der Geschäftsordnung eine geheime Sitzung der Kommission zur Entgegennahme von Aufklärungen seitens der Staatsregierung beim Hause zu beantragen. Der Fr. Finanzminister acceptirte das in diesem Vorschlag ausgedrückte Entgegenkommen und fand denselben erwünscht. Seine Anfrage, ob Mittheilungen, welche die Regierung unter solchen Bedingungen in der Kommission mache, auch den Verhandlungen des Plenums entzogen seien, wurde von dem Präsidenten mit der Versicherung bejaht, daß, was die Regierung in geheimer Sitzung der Kommission unter der Bedingung der Secretirung mittheile, Privatgeheimnis der Kommission sei. Abg. Jung befürwortete das Amendement v. Kardorff, über welches principaliter abzustimmen sei, da es die Grundlage des Gesegentwurfs in erwünschter, der Gerechtigkeit und der Volksmeinung entsprechender Weise ändere und von der Regierung acceptirt sei. Schließlich verständigte man sich dahin, den Vorschlag des Präsidenten dem Plenum des Hauses heute zur Beschlußfassung vorzulegen. (Vergl. den folgenden Sitzungsbericht.)

(31. Sitzung vom 26. November.)

Eröffnung 1 1/4 Uhr. Die Tribünen sind fast leer. Am Ministertische die Minister v. d. Heydt, v. Setchow und mehrere Regierungskommissionarien. Vor der Tagesordnung erhält das Wort der Abg. Stavenhagen: In Folge einstimmigen Beschlusses der von Ihnen zur Verabreichung des Dotationsgesetzes eingesetzten Kommission bin ich in Uebereinstimmung mit der Regierung den Antrag zu stellen beauftragt, auf Grund des §. 18 der Geschäftsordnung, die Öffentlichkeit der Kommissionsberatungen für Nicht-Kommissionsmitglieder auszusprechen. Zur Motivirung des Antrages bemerke ich nur, daß es sich in dieser Frage um Personen handelt.

Während der Präsident sich anschickt, zu konstatiren, daß ein Widerspruch gegen diesen Antrag nicht erhoben wird, bittet um das Wort der Abg. Frentzel: Ich glaube, dieses Dotationsgesetz hat gerade in den ländlichen und anderen Arbeiterkreisen große Sensation erregt. (Unruhe rechts.) Die Arbeiter, namentlich in den ländlichen Kreisen, meinen, sie hätten durch ihre Brüder und Söhne ebenso viel wie die Generale, zu den glücklichen Erfolgen des letzten Feldzugs beigetragen. (Große Unruhe rechts.) Sie meinen eben, jeder habe seine Pflicht gethan, ihre Söhne wie die Generale. (Fortdauernde Unruhe rechts.) Dagegen fällt es in der ländlichen Bevölkerung auf, daß, während für die Generale Dotationen in Aussicht stehen, die Steuerzahler in den ländlichen Kreisen wegen der durch ihre Mobilmachung rückständig gebliebenen Steuern exquirirt werden. Ich glaube, daß das sehr verschiedene Maßnahmen sind und daß es sich nicht redigirt, ein solches Gesetz irgend wie geheim zu behandeln. Ich werde dagegen stimmen und glaube auch nicht, daß das Haus heute darüber abstimmen kann, sondern erst wenn der Gegenstand auf der Tagesordnung steht.

Abg. v. Denzin macht darauf aufmerksam, daß die Angelegenheit dadurch, daß sich kein Widerspruch gegen den Antrag erhoben, von Seiten des Präsidenten als erledigt erklärt sei.

Präsident v. Fordenbeck: Da in dem Augenblick, als ich konstatiren wollte, daß sich kein Widerspruch erhoben habe, allerdings ein Widerspruch erhoben ist, so muß ich ihn durch Abstimmung erledigen.

Vorher ersucht Abg. v. Kardorff, ihm als Antragsteller zu gestatten, den Sitzungen der Kommission beizuwohnen zu dürfen. (Unruhe.)

Präsident: Wenn das Haus die Nichtöffentlichkeit der Kommissionsverhandlungen für die übrigen Mitglieder ausspricht, so ist damit sein Amendement von selbst erledigt.

Das Haus tritt mit großer Majorität dem Antrage der Kommission bei und geht zum ersten Gegenstande seiner Tagesordnung über, dem Bericht der Finanzkommission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des §. 6 des Gesetzes vom 21. Mai 1861 über die anderweitige Re-

gelung der Grundsteuer und die Uebernahme der Grundsteuer — Veranlagungskosten auf die Staatskasse.

Referent Abg. Aßmann berichtigt zunächst einen Irrthum in dem Bericht der Kommission. Es ist daselbst (§. 7) angegeben, daß die Gebäudesteuer ursprünglich auf den Betrag von noch nicht einer Million angenommen worden sei, während sie jetzt nach dem Etatsentwurf für 1867 drei Millionen betrage. Dieser Betrag von noch nicht einer Million sollte vielmehr die Differenz zwischen der veranschlagten Grundsteuer und der bisher gezahlten Häusersteuer sein, während die Summen, welche die Regierung in Aussicht nehme, für die damals projectirte Gebäudesteuer in der That 2,846,260 Thlr. betrug. Die Kosten für die Uebervertheilung der Grundsteuer sind für die westlichen Provinzen, in denen sie bereits definitiv erledigt ist, auf 83,066 Thlr. veranschlagt, während die den östlichen Provinzen zur Last fallenden auf 2,208,940 Thlr. angegeben sind. In den ersteren ist sie auf Grund der Verordnung vom 12. December 1864 bereits erledigt, für die letzteren ist ein Gesetz vorgelegt aber noch nicht beraten. Die in den östlichen Provinzen bis zum 1. Juli d. J. bereits entfallenden Kosten beliefen sich auf 1,400,000 Thlr., der Rest beruht auf einer durchaus zuverlässigen Veranschlagung, so daß der Betrag von zwei Millionen nicht überschritten wird.

Abg. Reichensperger: Allerdings haben sich durch die vorhandenen Grundsteuerkataster in den westlichen Provinzen bei der Regulirung der Grundsteuer nicht so große Unterschiede herausgestellt, als man vermuthet hatte; indessen sind es doch immerhin 11,000 Thaler, um die es sich handelt und ich glaube, daß es der Gerechtigkeit entspricht, diese Summe den westlichen Provinzen zu Gute kommen zu lassen. Das geeignete Organ dafür glaube ich in der rheinischen Grundsteuergesetzgebung zu finden. Der auf Grund der fgl. Verordnung vom 12. December 1864 bestehende Katasterfond muß sie in Empfang nehmen. In diesem Sinne erlaube ich mir, das Budget-Amendement zu stellen: zwischen §. 2 und 3 einzufügen: „Zur Ausgleichung der Kostendifferenz, welche sich bei jenem Verfahren in den vertheilten Landestheilen ergeben hat, wird dem allgemeinen Katasterfond der beiden westlichen Provinzen der Betrag von 11,000 Thalern aus der Staatskasse überwiesen.“

Abg. Michaelis (Stettin): Gerade in der gegenwärtigen Lage ist es wichtig, Zeugnis für die Einheit des Staates abzugeben; man möge diesen alten provinziellen Streit nicht wieder aufreizen, zumal es sich um einen so geringfügigen Gegenstand handelt. Giebt man hier ein solches Beispiel fleischer Recherei, so mag man sich dann auch nicht über die Apatheerrechnungen wundern, mit welchen die neuverordneten Landestheile kommen werden. Daher mag man lieber den Grundsatz: „Minima non curat praetor“ gelten lassen. Uebrigens sind die Leute, welche früher in den westlichen Provinzen die Regulirungskosten gezahlt haben, größtentheils längst verstorben. Den gegenwärtigen Grundbesitzern der westlichen Provinzen aber diese Differenz zuzumenden, liegt gar kein Grund vor, weil nicht sie, sondern alle Steuerzahler die Kosten der Regulirung, im Osten und Westen tragen. Ich bitte Sie deshalb, den alten bösen Grundsteuerstreit begraben sein zu lassen und gegen das Amendement zu stimmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Michaelis: Wenn ich ein Mann grundsätzlicher Opposition gegen die Regierung wäre, so würde ich gegen das Amendement Reichenspergers stimmen; aber gerade weil man das richtige konservative Prinzip in jeder Beziehung stützen muß, so wünsche ich gerade in dieser Kleinigkeit, die ja der Sache nach nebensächlich ist, das Prinzip der Gerechtigkeit im preussischen Staate vollständig und unverfehrt aufrecht erhalten zu sehen.

Abg. Elven erklärt, daß er wegen der Geringfügigkeit der Sache dagegen stimmen werde, ohne sich den Vorwurf der Ungerechtigkeit zuziehen zu wollen. Nach Schluß der Diskussion nimmt noch das Wort der

Ref. Abg. Aßmann, um zu erklären, er enthalte sich weiterer Bemerkungen, da der Antrag doch keine Aussicht habe, angenommen zu werden. (Geheuer.)

Der Antrag Reichensperger wird darauf gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Die einzelnen Paragraphen des Gesetzes werden ohne Diskussion genehmigt und schließlich wird das ganze Gesetz einstimmig angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Petitionskommission über zwei Petitionen. Die erste derselben betrifft eine Beschwerde wegen verweigerter Anstellungserlaubnis. Der Zimmergeselle Nabach hat in Plessow (Rauh-Belsigden Kreise) ein Grundstück gekauft, von der Polizeibehörde aber nicht die Erlaubnis erhalten, sich dort anzubauen, weil das Vermögen, welches er nachgewiesen, angeblich nicht hinreichend gewesen sei. Die Sache schwebt seit 1862, ist Gegenstand verschiedener und nicht formaler Entscheidungen der Ortsbehörden gewesen, hat auch schon der Kammer vorgelegen. Es handelt sich nach Angabe des Regierungskommissionars um die Auslegung des §. 11 des Gesetzes vom 24. Mai 1853; d. h. um den Nachweis eines hinlänglichen Vermögens, sowohl zur Ausführung des Baues als zur Einrichtung der Wirtschaft. Die Kommission beantragt mit großer Majorität die Ueberweisung an die Staatsregierung zur Berücksichtigung.

Die Abgg. v. Vinde (Hagen) und Lette empfehlen den Kommissionsantrag, indem sie ausführen, daß hier ein prinzipieller Uebelstand vorliege, gegen den man sich bei dieser Gelegenheit aussprechen müsse. Der letzte Redner fest das Nähere auseinander in Bezug auf den Charakter des Gesetzes vom 24. Mai 1853, den er als einen reactionären darthut, und unter Betonung der wirtschaftlichen Freiheit als einer Fundamentalforderung.

Abg. v. Vinde (Odenburg) stimmt ebenfalls für Ueberweisung, er bezeichnet das gegen den Petenten eingeschlagene Verfahren (das Gebäude, welches derselbe bereits auf dem Grundstück errichtet, ist ihm im Wege der Exekution wieder niedergehauen worden) als ein barbarisches, welches mit der Verurteilung zu Schadenersatz vergolten werden müsse und erinnert an des Ministers Zusage, auf konservativen Grundlagen liberal regieren zu wollen.

Abg. Dr. Gneist: Die Hauptsache der Petition trägt das Gesetz von 1853, es ist ein Anachronismus, so tief in das Recht des Grundeigentums eingreifen zu wollen. Die Bemängelung des Vermögensstandes des Petenten erinnert in ihrer Unbilligkeit an einen Defektorenprozeß. Es ist der Beruf der Administrativbehörde, nach Grundsätzen der Billigkeit zu entscheiden und so geschieht es auch in England.

Der Reg.-Kommissar Abg. Graf Eulenburg für Ablehnung des Kommissionsantrags. Man möge nicht die Antipathie gegen die polizeibürokratische Gewalt der Gutsbesitzer hier entscheiden lassen, sondern sich an das Gesetz von 1823 halten. Der Vermögensnachweis, der von diesem Gesetze verlangt wird, ist obligatorisch und die Angabe der Kommission, daß die Vorschriften zur Erleichterung der Anstellung gegeben sei, widerlegt sich aus der Entstehungsgeschichte derselben. Schon im Gesetze von 1815 betreffend die Anstellungen in Westphalen, findet sich die Bestimmung und damals war ausdrücklich vorgeesehen, daß der Anstellungslustige nicht etwa das vorzuziehende Vermögen sich vorher zu diesem Zwecke geborgt haben dürfe. Und das Gesetz ist im vorliegenden Falle nicht „barbarisch“ ausgeführt worden; die Schuppen, welche exekutorial niedergehauen wurden, waren traurige aus Brettern zusammengefügte Bauwerke. Der Petent hat nur Vermögensobjekte nachgewiesen, welche nach dem Sinne des Gesetzes nicht als ausreichend gelten können, nämlich Baumaterialien, zwei Aktien à 100 Thaler und 59 Thaler bares Geld. Hiernach war es gerechtfertigt, dem Gesetze gemäß einen Vermögensnachweis durch Bescheinigung zweier achtbarer Gemeindeglieder zu verlangen und dies ist nicht erfüllt worden. Ich bitte Sie deshalb, die Petition zurückzuweisen.

Abg. Berger (Solingen) für den Kommissionsantrag: Die hier in Rede stehende Ortsobrigkeit ist der Baron Hans v. Rodow-Plessow, der in einem andern Falle eine traurige Verhinderung erlangt hat. (Große Unruhe und Lärm auf der Rechten.) Dem Petenten ist sein Haus niedergehauen worden, so daß er unter freiem Himmel nächtigen mußte. Wo eine Ortsobrigkeit so streng verfährt, da werden sich die Ortsbewohner hüten, eine ihrem Gutsbesitzer nicht erwünschte Bescheinigung abzugeben. Der Redner führt aus, wie vortrefflich in Westphalen die Anstellungsfreiheit gewirkt und wie schon 1811 König Friedrich Wilhelm III. dies anerkannt und ausgesprochen habe, und schließt mit Empfehlung des Kommissionsantrages.

Abg. Scharnweber: In der Praxis nehmen sich dergleichen Fälle ganz anders aus, als wenn sie hier vorgetragen werden. Die Nothwendigkeit, nicht eher bauen zu lassen, als bis die Erlaubnis dazu erteilt ist, wird doch Niemand befreiten; denn die Leute bauen oft bloß, um ein fait accompli zu erzielen und dadurch die Erlaubnis zur Anstellung zu erzwingen. Und solche Anstellungen können oft sehr große Nachtheile für die Gemeinden und die Gutsbesitzer mit sich führen. So lange das Gesetz daher in seinen gegenwärtigen Bestimmungen nicht existirt, müssen die Behörden auch für Ausführung desselben sorgen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gestellt und angenommen. Reg.-Komm. Graf zu Eulenburg: Ich konstatire, daß meine Bemerkungen über den Sinn von Article II, §. 11. des Gesetzes von 1853 nicht



widerlegt, sondern bestätigt worden sind. Im Uebrigen muß ich bemerken, daß die Fälle, in denen die höheren Instanzen sich der Weigerung der Ortsbehörden die Erlaubnis zur Anfechtung zu ertheilen, anschließend, sehr vereinzelt sind, während gegenwärtige Entscheidungen fast ausschließlich vorfinden. Die Handhabung des Gesetzes ist also seitens der Behörden sehr human; aber sich hinwegzusetzen über Bestimmungen desselben ist unmöglich, deshalb bitte ich Sie, den Antrag Ihrer Kommission abzulehnen.

Referent Abg. Wendisch. (Bei der im Hause herrschenden Unruhe sind die Ausführungen desselben sehr schwer verständlich.) Nicht allgemeine Mißstimmung gegen das Gesetz, sondern die Einsicht, daß die Bestimmungen desselben hier eine unzulässige Anwendung gefunden haben, hat die Kommission zu ihrem Beschlusse bewogen.

Reg.-Komm. Graf zu Eulenburg bestreitet den Mißbrauch des Gesetzes und führt noch einmal den § 11. desselben an, wo es ausdrücklich heiße, die betreffenden Personen hätten den Beweis über ihre genügenden Vermögensverhältnisse selber zu führen.

Abg. Hartort ist der entgegengegesetzten Ansicht, bleibt jedoch auf der Journalistentribüne vollständig unverständlich.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgeordneten v. Vinde (Hagen) und Schamweber.

Abg. Graf Schwerin (zur Geschäftsordnung): Es ist heute zum ersten Male unter dem gegenwärtigen Präsidium wieder vorgekommen, daß, da nach angenommenem Schlußantrage vom Ministerische noch gesprochen wurde, die Diskussion wieder eröffnet wurde. Dieser Unus stammt aus einer Zeit, die hinter uns liegt, und ich möchte daher dem Herrn Präsidenten anheimstellen, ob er statt der bisherigen Praxis nicht lieber eine andere einführen will. (Beifall links.)

Präsident Forckenbeck bemerkt, daß er eigenmächtig die bisherige Praxis nicht ändern könne, stellt es jedoch dem Vorredner anheim, wenigstens die Sache zur Entscheidung zu bringen.

Abg. Dr. Waldeck: Vorläufig müssen wir jedenfalls das Präzedenz befolgen; außerdem aber liegt dieser Modus auch ganz in der Natur der Sache.

Abg. Kantat schließt sich dem an und bemerkt, daß das Haus es ja immer in seiner Hand habe, die Wiedereröffnung der Debatte durch ausdrücklichen Beschluß nicht eintreten zu lassen.

Abg. Graf Schwerin: Ich wollte die Sache eben nur anregen, und hielt das die Gelegenheit heute besonders geeignet, weil der Herr Regierungskommissar durch seine letzten Worte durchaus kein neues Moment für die Beurteilung der Sache beigebracht hat.

Das Haus schreitet zur Abstimmung. Der Antrag der Kommission, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wird mit großer Majorität (dagegen nur die konservativen Fraktionen) angenommen.

Es ist indeß schon große Finsternis eingetreten, so daß auf der Journalistentribüne fast nichts mehr zu sehen ist; auch das Hören wird durch die zunehmende Unruhe des Hauses sehr erschwert. Die Stenographen des Hauses erhalten Licht; auf die Journalisten nimmt man keine Rücksicht, sondern geht in der Tagesordnung weiter, und zwar zur Beratung der Petition des Veteranen Jacobs aus Oldenburg, welcher den Antrag gestellt, an dem preussischen Veteranenfonds Theil nehmen zu dürfen und eine dauernde Unterstützung zu erhalten. Die Kommission beantragt, diese Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, um das gesetzmäßige Verhältnis solcher Individuen, die früher im preussischen Heere gedient, später aber aus dem preussischen Staatsverbande ausgeschieden sind, festzustellen.

Referent Abg. Dr. Beigke verzichtet bei Beginn der Diskussion auf das Wort.

Abg. Stavenhagen stellt den Antrag, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, da der preussische Veteranenfonds nur für solche Veteranen bestimmt sei, die dem preussischen Staatsverbande wirklich angehören.

Abg. Dr. Gneist befürwortet den Kommissionsantrag, der Regierungskommissar, sowie die Abgg. v. Gerlach und Stavenhagen empfehlen den Antrag auf Tagesordnung.

Nach einer kurzen Bemerkung des Berichterstatters Abg. Beigke wird der Antrag auf Tagesordnung angenommen.

Nachdem noch mehrere Petitionen nach den Anträgen der Kommission zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet erachtet worden, wird die Sitzung um 3½ Uhr vertagt. — Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: Vorberatung des Budgets.

## Parlamentarische Nachrichten.

Die besondere Kommission des Abgeordnetenhauses für den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Art. 69 der Verfassung („die zweite Kammer besteht aus 352 Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden durch das Gesetz festgelegt u. s. w.“), welche durch den neu erworbenen Landestheile in das Verfassungsleben der preussischen Monarchie notwendig geworden ist, hatte heute Vormittag 10 Uhr ihre erste Sitzung, der der Abg. Graf zu Eulenburg als Vertreter der Regierung bewohnte. In der Generaldiskussion machte der Referent Abg. Waldeck gegen die Vorlage geltend, daß die Aufnahme der resp. Ziffern der Bevölkerung in dieselbe unerlässlich sei, wenn sie korrekt und im Einklang mit der Verfassung sein solle. Der Vertreter der Regierung wies darauf, daß durch Feststellung der Ziffern, auf welche ein zu wählender Abgeordneter komme, diese Lücke zur Genüge ausgefüllt und jeder etwaigen Willkür vorgebeugt sei. Die Spezialdiskussion mußte der Plenarsitzung wegen nach kurzer Dauer bis zum Abend des 28. d. M. vertagt werden.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, den 27. November.

[Schwurgericht.] Sitzung vom 21. November c. (Schluß.) 3) Den Schluß der heutigen Verhandlung bildete die Anklage wider die unverschämte Dienstmagd Josepha Frankiewicz aus Dolski, 30 Jahr alt und noch nicht bestraft, wegen vorfälliger Brandstiftung. Sie wird gleichfalls von Herrn Justizrat v. Gizecki verteidigt und bekennt sich des ihr zur Last gelegten Verbrechens nicht für schuldig. Das Sachverhältnis ist folgendes: Am 28. Juni d. J. Nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr brach in einem, dem Gutsherrn Joseph v. Micielski gehörigen, zu Galow belegenen und dem Schmied Valerian Siforski zur Wohnung und Werkstatt angewiesenen Gebäude Feuer aus, welches das Gebäude teilweise zerstörte. Dasselbe, teilweise von Fachwerk erbaut und mit Ziegeln gedeckt, liegt im herrschaftlichen Garten unweit des Weges, welcher von der Chaussee nach dem Dominialhofe führt und enthielt unter einem Dach 3 durch Wände von einander getrennte Abteilungen, deren mittlere die aus zwei Stuben, einer Küche und einer Speisekammer bestehende Wohnung der Siforskischen Familie bildete, während in der daneben südlich belegenen Abteilung die Schmiedewerkstatt, in der andern, nach Norden zu belegenen Abteilung der Viehstall sich befand, auf dessen Boden die Angeklagte ihre Schlafstelle hatte. Das Feuer verbreitete sich von dem inneren Stallboden aus zunächst über den dortigen Theil des Daches, zerstörte aber demnach das ganze Dach und den Stall. Hierbei verbrannten den Siforski'schen Geleuten ein Schwein im Werth von 5 Thlr., eine Mangel 10 Thlr. werth, ein Schmiedebalsal 20 Thlr. werth und außerdem noch einige andere Sachen im Gesamtwerthe von 15 Thlr. Der Verdacht, das Feuer vorsätzlich angelegt zu haben, lenkte sich sofort auf die Angeklagte. Dieselbe stand bei der Siforski'schen Familie seit 10 Jahren d. J. in Dienst, verließ aber am 17. Juni d. J. denselben heimlich. Auf Verlangen der Siforski'schen Geleute wurde sie am 26. Juni denselben durch die Polizei wieder zugeführt, worüber sie sehr aufgebracht war. Zu der unverschämten Valencia Janicka äußerte sie — wie diese heute bezeugt, am 27. Juni, dem Tage vor dem Brande: „Die Siforski'schen Geleute würden an sie gedanken, wenn sie ihr für die Zurückführung in den Dienst und die Veräusserung Vornamzüge machen würden“; und zu dem Maurer Johann Kotecki an demselben Tage Abends: „Sie werde es ihrer Brodberrschafft nicht schenken, daß dieselbe sie habe in den Dienst zurückführen lassen, und wenn es ihr das Leben kostete“, wie dieser gleichfalls heute wiederholt. — Am Tage des Brandes war die Angeklagte etwa um 12 Uhr in dem Stalle gewesen, um den Schweinen Futter zu geben. Zwischen 1 und 2 Uhr hörte Siforski, als er sich in der Schmiede befand, ein Geschrei. Er eilte vor die Thür und sah die Angeklagte vor der Stalltür stehen und Feuer rufen. Auf seine Frage, was das Feuer sei? antwortete die Angeklagte: „im Rindstall.“ Dieses liegt hinter der Stall von oben brannte. Die Anklage führt weiter an, die Angeklagte habe Anfangs bei ihrer polizeilichen Vernehmung behauptet, sie habe nachdem sie den Schweinen das Futter in den Stall getragen, sich auf das Feld begeben wollen; da habe sie vor der Wohnung des Siforski'schen Hauses am dem Dache des Stalles vorbeigehen sehen und

sofort dem S. dies mitgetheilt. Erst nachdem ihr vorgehalten worden sei, daß S. sie gleichzeitig mit dem Ausbruch des Feuers an der Stalltür habe stehen sehen, habe sie eingeräumt, noch später einmal im Stall gewesen und eben aus demselben herausgetreten zu sein, als S. sie und das Feuer bemerkt habe. Sie habe nun angegeben, daß sie sich aus dem Stalle eine Sichel und eine Plachte geholt habe. Die Sichel sei indeß später bis auf das Eisen verbrannt in dem abgebrannten Stall unter dem Schutt vorgefunden worden, so daß die Angabe der Angeklagten auch in dieser Beziehung nicht wahrheitsgetreu sei. Der Ausbruch des Feuers in demselben Augenblicke, wo die Angeklagte den Stall verlassen, deute auf eine Brandstiftung ihrerseits, die als ein Akt der Rache für ihre Zurückführung in den Dienst auch motiviert erscheine. In dem Stalle, dessen Dach und Boden von dem untern Raum des Stalles sehr leicht mit der Hand zu erreichen gewesen sei, haben sich zur Zeit des Brandes Stroh und Heu befunden, so daß die Flamme sofort reichliche Nahrung gehabt und sich augenblicklich habe vergrößern müssen, woher es gekommen sei, daß Siforski bei Ausbruch des Feuers die Angeklagte noch an der Stalltür getroffen habe. — Die Angeklagte blieb auch heute bei ihren früheren Ausführungen stehen und gab insbesondere an, daß möglicherweise der Zeuge Kotecki, der mit ihr über dem Stalle geschlafen habe, Schuld an dem Feuer gewesen sein könne, da er dort öfters Cigarren geraucht habe. Wenn nun auch Kotecki dies bestritt, auch eidlich bekundete, daß er an jenem Tage in Samter gewesen sei, so füllten doch die Geschworenen, nachdem die Staatsanwaltschaft für Schuldig der Anklage gemäß, die Verteidigung für Nichtschuldig, plaidiert hatten, ihren Wahrspruch dahin, daß die Angeklagte der vorsätzlichen Brandstiftung nichtschuldig sei und erfolgte demzufolge die Freisprechung der Angeklagten durch den Gerichtshof und deren sofortige Haftentlassung.

[Schwurgericht.] Verhandlung vom 22. November c. Staatsanwalt: Herr Gerichtsassessor Müller.

Zur Verhandlung kam heute 1) eine Anklage wider den 23 Jahr alten und bisher unbestraften Dienstknecht Wawrzyn Pietropiak aus Turostowo, Gnesener Kreises, wegen vorsätzlicher Brandstiftung. Er bekannte sich schuldig und räumte auf näheres Betragen ein, daß er, um sich an seinem Dienstherrn, dem Ackerbürger Johann Reiske in Rogalen, dafür zu rächen, daß dieser ihm einige Male sein Essen entzogen, am 2. Oktober d. J. eine diesem gehörige Scheune vorsätzlich in Brand gesteckt habe. Das Feuer hatte noch eine zweite, dicht dabei stehende Scheune ergriffen und beide nebst ihrem ganzen Erntevorrath, über 1000 Thlr. an Werth, vernichtet. Auf Grund dieses allseitig für ausreichend erachteten Geständnisses wurde der durch Herrn Rechtsanwalt Döckhorn verteidigte Angeklagte ohne Mitwirkung der Geschworenen durch den Gerichtshof zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Der Sachverhalt der zweiten heute zur Verhandlung gebrachten Anklage war folgender: Der Wirtschaftskommissarius Drecher zu Kluczewo verkaufte am 16. März 1861 im Auftrage des Mitgutsbesizers Grafen Kwiecki eine diesem gehörige, zu Bobulczyn belegene Windmühle an den Müller Felix Rantowski zu Bronke zum Abbruch. Ueber den geschlossenen Kauf ertheilte Drecher dem Rantowski einen in polnischer Sprache abgefaßten und mit seiner Unterschrift versehenen Schlußschein, welcher, ins Deutsche übersezt, dahin lautet:

„Ich verlaufe dem Herrn Felix Rantowski die Dominial-Windmühle zu Bobulczyn mit allem dazu gehörigen herrschaftlichen Zubehör außer einer kleinen Waage für den Preis von 400 Thlr. geschrieben“, unter der Bedingung, daß er.

Kluczewo, den 16. März 1861. Drecher,

Inspektor der Güter des Grafen Kwiecki.“ In einem bei dem Kreisgericht zu Samter im Jahre 1865 gegen den Grafen v. Kwiecki angestiegenen Prozesse behauptete Rantowski, daß ihm mit der Windmühle auch das sämmtliche auf derselben befindliche gewesene Zubehör verkauft, aber nicht übergeben worden und verlangte Herausgabe dieser Utensilien oder Zahlung des Werthes mit 61 Thaler 22 Sgr. 6 Pf. Zum Beweise seiner Behauptung berief er sich auf den ihm von Drecher ertheilten Schlußschein, von welchem er eine von dem Magistrat zu Bronke beglaubigte Abschrift überreichte. In dieser Abschrift war in der That als Gegenstand des Verkaufes die Mühle zu Bobulczyn, „z wazystkiemu do przynalezności p o t r z e b n e m i p r o c z w a g i m a l e j“ („mit allem dazu nöthigen Zubehör außer einer kleinen Waage“) bezeichnet.

Der Verklagte machte geltend, daß die Mühle nicht mit allem dazu nöthigen Zubehör an den Kläger verkauft worden, sondern nur mit dem herrschaftlichen Zubehör, und daß die auf der Mühle zur Zeit des Verkaufes vorhandenen, dem damaligen Pächter Boetische gehörigen Utensilien ausdrücklich von dem Verkauf ausgeschlossen worden seien. Es wurde nunmehr seitens des Gerichts der in Bezug genommene Schlußschein von dem Kläger eingesehen und von diesem zu den Akten überreicht, woselbst er sich noch befindet. Dieser Original-Schlußschein lautet zwar ebenso, wie die früher überreichte Abschrift; es ergab sich aber schon damals und es ist auch jetzt noch deutlich ersichtlich, daß dieses Schriftstück an der Stelle, wo jetzt das Wort „potrzebniemi“ steht, rabirt, und daß dieses Wort an die Stelle eines unleserlich gemachten Wortes mit anderer Dinte hineingekritzelt worden ist. Auf dieses Wort „potrzebniemi“ hatte aber Rantowski in seinem Prozesse gerade Gewicht gelegt, um darzuthun, daß das Inventarium der Mühle ohne Ausnahme ihm verkauft worden sei. Dies Wort „potrzebniemi“ hat nun aber, wie sich damals schon der Wirtschafts-Kommissar Drecher mit größter Bestimmtheit erinnert, in dem von ihm eigenhändig geschriebenen Schlußschein nicht gefunden, sondern es war an jener Stelle von ihm das Wort „pańskiemi“ („herrschaftlich“) niedergeschrieben worden. Auch war dieser Schlußschein dem Rantowski unbedeckt und ohne Rasur übergeben worden. Das Wort „pańskiemi“ entsprach der wahren Drecher und Rantowski ausdrücklich getroffenen Verabredung, daß nur diejenigen Inventariensstücke, welche der Gutsbesitzer gehörten, mitverkauft würden, wobei Rantowski noch besonders darauf aufmerksam gemacht wurde, daß ein Theil der damals auf der Mühle befindlichen Inventariensstücke dem damaligen Pächter, Müller Boetische, gehörten und daß er sich über diese Inventariensstücke informieren müsse. Boetische selbst hat auch den Rantowski davon unterrichtet, daß die meisten der auf der Mühle befindlichen Inventariensstücke sein — des Boetische — Eigentum seien. Auf Grund dieser im Beweisverfahren jenes Civilprozesses ermittelten Umstände wurde Rantowski mit seiner gegen den Grafen Kwiecki erhobenen Anklage abgewiesen und die Sache zur strafrechtlichen Behandlung der fgl. Staatsanwaltschaft übergeben, welche gegen Rantowski Anklage wegen Urkundenfälschung erhob. Unter dieser steht er heute vor den Geschworenen. Die Anklage behauptet, Rantowski habe augenscheinlich durch Produktion des gefälschten Schlußscheines eine ihm nicht zustehende Entschädigung von dem Grafen Kwiecki verlangen wollen; er sei der Urheber der an dem Schlußschein vorgenommenen Fälschung, möge er dieselbe selbst verübt, oder möge er sich dazu eines Dritten, des Schreibens Kundigen, als Werkzeug bedient haben; er allein habe ein Interesse an dieser Fälschung gehabt und habe, wie er selbst zugegeben, der Schlußschein sich stets nur unter seinem Verchluß befunden. Der Angeklagte bestritt seine Schuld heute ebenso entschieden, wie er es bereits in der Voruntersuchung gethan, doch konnte weder die, noch die heutige Beweisaufnahme, noch auch das Plaidoyer seines Verteidigers, Herrn Rechtsanwalt Döckhorn, die Geschworenen von seiner Unschuld überzeugen. Diese erklärten ihm vielmehr mit mehr als 7 Stimmen für schuldig, nahmen aber mildernde Umstände als erwiesen an. Rantowski wurde darauf durch den Gerichtshof zu einem Monat Gefängnis und einer Geldbuße von 20 Thlr. event. weiteren 14 Tagen Gefängnis verurtheilt.

Freitag am 23. d. M., als am letzten Sitzungstage der diesjährigen Schwurgerichtsperiode, kamen drei an sich unbedeutende und wenig Interesse bietende Anklagen zur Verhandlung. In der ersten Sache wurde die Angeklagte, unverschämte Louise Wolinska von hier, wegen eines verführten schweren Diebstahls im Rückfalle unter Annahme mildernder Umstände zu sechs Monaten Gefängnis und den Ehrenstrafen auf die Dauer eines Jahres verurtheilt; ebenso in der zweiten Sache die Tagelöhner Franz Braun und Joseph Leonski von hier wegen eines einfachen und eines schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle zu je zwei Jahren Zuchthaus und zweijähriger Stellung unter Polizeiaufsicht, und in gleicher Weise in der dritten Anklagesache der Tagelöhner Johann Jelsinski und Johann Stasinski von hier wegen eines verführten schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle zu sechs resp. fünf Jahren Zuchthaus und sechs resp. fünfjähriger Stellung unter Polizeiaufsicht, und der Tagelöhner Wilhelm Gutsche, gleichfalls von hier, wegen eines schweren Diebstahls im ersten Rückfalle zu einem Jahre Gefängnis und den Ehrenstrafen auf die Dauer eines Jahres.

[Militärisches.] Wie verlautet, ist über die Vertheilung der Rekruten aus den neuen Landestheilen bestimmt, daß Hannoveraner und Schleswig-Holsteiner dem 5. Armeekorps zugetheilt werden sollen, während die Kurhessener für Preußen bestimmt sind.

[Petroleumbestand.] Als gestern Nachmittag gegen 5 Uhr der Gehülfe des Kaufmanns Blumenthal in der Krämerstraße im Keller Petroleum abzog, hatte er das Unglück, daß ihm das mitgenommene Licht umfiel und die Flüssigkeit entzündete. Der Gehülfe hatte nichts Eiligeres zu thun, als aus dem Keller zu stürzen und seinem Principal das Geschehene anzuzeigen, der nun sogleich die geeigneten Schritte that. Sämmtliche Kelleröffnungen wurden so schnell als nur irgend möglich mit Dung, der herbeigefahren wurde, verstopft. Eine große Gefahr lag aber noch anderswo. Der Blumenthalsche Keller ist nur durch eine sehr schwache Wand von dem Spirituskeller des Herrn Moral am Alt. Markt getrennt und wäre das Feuer hier durchgebrochen, so wäre ein Unglück unabwendbar gewesen. Herr Moral ließ daher seinen Keller von den vollen Spirituskesseln augenblicklich räumen und die dünne Wand gleichfalls mit Dung belegen. So wurde das Feuer auf seinen Entstehungsort, der übrigens aus sehr festen Gemöblen besteht, beschränkt; es hat aber die ganze Nacht und auch heute noch gebrannt, da außer dem Petroleum in dem Keller ziemlich bedeutende Vorräthe an Del, Thran, ferner Firniß, Benzin &c. vorhanden waren. Die Polizei, Mitglieder des Rettungsvorstandes und andere Personen haben von Anfang an die umfichtigste Thätigkeit entwickelt, der es zu verdanken ist, daß kein Unglück stattgefunden hat.

Ein Arbeiter hatte gestern Abend den Auftrag erhalten, die feuchten Wände eines noch unbewohnten Zimmers in einem Hause große Ritterstraße Nr. 9 durch Kohlenfeuer auszutrocknen. Derselbe war dabei eingeschlafen und fand man ihn heute früh in bewußtlosem Zustande; es ist zwar den Bemühungen zweier zugezogenen Aerzte gelungen, ihn ins Leben zurückzurufen, es ist aber fraglich, ob man ihn am Leben wird erhalten können.

Kreis Krotoschin, 22. November. Unser Kreisstag ist auf den 4. Dezember einberufen. Die zur Erledigung gestellten Propositionen sind diesmal folgende:

- 1) Wahl der Mitglieder für die Einschätzungs-Kommission zur Veranlegung der klassifizierten Einkommensteuer pro 1867 resp. deren Stellvertreter.
- 2) Wahl der Mitglieder und Stellvertreter für die Klassensteuer-Reklamations-Kommission pro 1867.
- 3) Wahl von 5—7 Feuer-Bezirkskommissären für jeden Polizeidistrikt und deren Stellvertreter nach Maßgabe der Amtsblattsverordnung der königl. Regierung vom 8. Mai 1866 §. 2.
- 4) Wahl eines Mitgliedes der Krotoschin-Bdunher Chausseebaukommission in Stelle des aus dem Kreise verzogenen Herrn Kleinert aus Bdun.
- 5) Anerkennung der in der Kreisstaatskonferenz vom 16. Juni c. vorgenommenen Wahlen, um wegen der zu spät erfolgten Infirmität der Kreisstaats-Vorladung einer etwaigen Anfechtung vorzubeugen.
- 6) Beschluß in Folge der Verfügung der königl. Regierung vom 28. Juni 1866 darüber, ob es im Interesse der Pferdezucht im hiesigen Kreise wünschenswert sei, die Körordnung vom 10. November 1859 für den hiesigen Kreis beizubehalten.
- 7) Mittheilung über den Gang der Chausseebauten im Kreise und über die diesfälligen Fonds.
- 8) Beschluß darüber, ob der Erlös für die in Folge der diesjährigen Mobilmachung der Armee vom Kreise gestellten und nach der Demobilmachung zurückdemobilisanten und verlaufenen Pferde, sowie die Vergütung für die vom Kreise aufgetragenen Kriegseinstellungen zu Kreiszweden, namentlich zu den Chausseebauten, event. in wie weit, verwendet oder nach demselben Maßstabe wie die Kriegseinstellungen aufgebracht werden können, an die Censiten vertheilt werden sollen.

9) Mittheilung des Rekrutens des königl. Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 4. Juni 1866, wonach die Bewilligung einer Staatsprämie zum Bau der Chaussee von Bogorzelle nach Sandberg nur nach dem Sage von 7000 Thlr. und nicht wie beantragt wurde von 9000 Thlr. für die Weile in Aussicht gestellt worden ist, und Beschluß über den Anbau der qu. Chausseestrecke unter solchen Umständen.

10) Mittheilung von dem erfolgten Ableben des Chausseegelberhebers Wiesner auf der Hebestelle der Krotoschin-Bdunher Kreischaussee und Anstellung des Nachtritters Herrn aus Bdun auf dieser Stelle.

11) Feststellung des Kreis-Kommunal-Kassenetats pro 1867 nach einem vorliegenden Entwurf, wobei zur besonderen Beachtung kommt:

- a) Fortgewähr des Gehalts für den Kreis-Thierarzt mit 100 Thlr.,
- b) Fortgewähr der bisherigen Subsidien-Entschädigung für die Kreis-Umpfänger und zwar: für den Kreisphysikus 130 Thlr., für den Kreis-Mundarzt 80 Thlr., zusammen 210 Thlr.,
- c) Dotation des Kreiswegfonds pro 1867 mit 100 Thlr.,
- d) Fortgewähr des Zuschusses zur Unterhaltung des Kreisblattes mit 130 Thlr. und
- e) Fortgewähr des Zuschusses für die Allgemeine Landesbibliothek „Nationalbank“ pro 1867 mit 50 Thlr.

Den Herrn Kreisdeputirten wollen wir diesmal den Punkt 8 zur ganz besonderen Erwägung empfehlen, namentlich darüber, ob es nicht gerathener erscheint, die Pferde und Kriegsgelder den Censiten zu erstatten, als sie zu Kreiszweden zu verwenden und ob mit Rücksicht auf die schweren Verluste, welche unsere Kreisbewohner unter dem Eindruck des Krieges zu erleiden hatten, die Chausseebauten auf einige Jahre nicht ausgesetzt werden?

Lissa, 20. Novbr. [Konzert.] Am vergangenen Sonntag führte der hiesige Verein für Kirchenmusik in der Aula des Gymnasiums Händels „Samson“ auf und verschaffte uns dadurch einen seltenen Kunstgenuss. Für die Aufführung hier mußte bei dem Mangel einer schönen Orgel das Orchester gewährt werden. Die Berliner Sing Akademie hatte Dr. Heckerstimm und Partitur bereitwillig zur Verfügung gestellt. Die Aufführung in ihrer Gesamtwirkung war eine vorzügliche. Die Partie der Dillia sang Frau St. mit zartem Verstand, die Micah (Alto) Frau Jäger-Papir, eine Schülerin des Kapellmeisters Hiller in Köln. Die Orchesterbegleitung, von der Kapelle des Herrn Nischeweh ausgeführt, war durchaus zart und präcis, die Einsätze rein und fest. Veranlassen wir, daß der Aufführung nur eine Generalprobe vorhergegangen, so erlangt diese Anerkennung erst ihre volle Bedeutung.

Der Samson selbst ist nicht die dankbarste Partie des Werkes. Händel hat diesen Charakter nach unserer Auffassung zu weich angelegt. Schwer erkennt man in diesem Samson den alten Helden wieder; durch seine Blindheit aller Energie beraubt, ist er fast sentimental geworden. Herr L., in dessen Händen sich diese Partie befand, war der Schwierigkeit nicht gewachsen, die Mängel der Dichtung durch einen sicheren Vortrag vergessen zu machen. Die Arie: „Nacht ist's umher“ gelang ihm vorzüglich; in der letzten Nummer schien die Stimme etwas matt zu werden. Hingegen war wieder der Manoah (Bass) — die ebenbürtige Partie der Micah — eine schöne Leistung von Anfang bis zu Ende. Herr Subirge, der den Manoah sang, nahm mit diesem Vortrag das lebhafteste Interesse für sich in Anspruch.

Dem Samson ging die Aufführung der Händelschen Motette: „O, weint um sie“ (aus den hebräischen Gesängen des Lord Byron) voraus, in der gleichfalls Frau Jäger-Papir als Solistin beifall fand. — Wir würden eine große Ungerechtigkeit begehen, wollten wir bei einer Beschreibung dieser Aufführung des Mannes nicht rühmend gedenken, dessen verständiger und umsichtiger Leitung allein zu danken ist, daß in einer Mittelsstadt, wie Lissa, der gleichen Tonschöpfungen überhaupt würdig vorgeführt werden können; es ist dies Herr Theodor Scheibel, der sich um den hier seit Jahren bestehenden Verein für Kirchenmusik bleibende Verdienste erworben hat, die um so schwerer ins Gewicht fallen, wenn man die mannigfachen lokalen Schwierigkeiten erwägt, die sich hier einem derartigen Streben in den Weg stellen. Herr Scheibel hatte die Genußnahme, seine Aufführung durch Gäste von nah und fern bewundert zu sehen. Die Aula war gedrückt voll und die gespannteste Theilnahme folgte dem Werke von Anfang bis Ende.

G. Aus dem Wreschener Kreise, 21. Novbr. [Gefährliche politische Unterhaltungen in Rußland; Explosionen von Petroleum-Lampen; Verbot von Silberausfuhr in Rußland; Neue Kreiseinteilung in Polen; Cholera. Ein Bäcker in dem benachbarten Stralskowo hatte sich in Geschäften nach Stupe begeben. Da er die Zugeliegenheit, mit der er zurückkehren wollte, veräußert hatte und es schon nach acht Uhr Abends war, er also nicht mehr die Grenze passieren durfte, so beschloß er, in einer Schänke die Rückkehr der preussischen Post abzuwarten und mit dieser zurückzukehren. Bald gefühlte sich zu ihm ein russischer Grensoldat, der von dem dort stark beliebten „wodka“ schon mehr als nöthig genossen zu haben scheint und begibt mit ihm ein freundliches Gespräch, das er mit der Frage: „Nun, was giebt es bei Euch in Preußen Neues?“ — was spricht man von Krieg und Frieden?“ — einleiteten sucht. Der Bäcker K. war durchaus nicht zum politischen Kampfen geeignet, er erwidert darauf ganz ausweichend: „Ich weiß nichts von Politik.“ (Fortsetzung in der Beilage.)



ich habe mein Brot und kümmer mich nicht um solche Sachen.“ Der russische Grenzsolbat, der aber in gehobener Stimmung war und seinem Patriotismus Luft machen wollte, äußerte etwa noch Folgendes, daß sich die Preußen gewiß recht über die eben stattgefundene Hochzeit des Thronfolgers mit der dänischen Prinzessin Dagmar ärgerten, denn nun würde Rußland doch gewiß für Dänemark Partei nehmen und Schleswig-Holstein von den Preußen zurückerobern. Das war dem doch dem preussischen Bader, der noch Landwehrmann ist, zu viel und er entgegnete nur: „Ja, Ihr werdet von uns etwas erobern, geschlagen werdet Ihr, wenn Ihr mit uns anfanget!“ Die Antwort auf diese fähne Prophezeiung gab der Grenzsolbat mit dem Stöcke und zwar verfeuerte er dem Bader einen so derben Hieb über den Kopf, daß dieser bald aus einer großen Wunde blutete und es nun zwischen den beiden zum Handgemenge kam. Bei diesem Kampfe zwischen „Rußland“ und „Preußen“ hatte eine in der Stube befindliche Frau das Unglück, auch einen derben Schlag mit abzubekommen. Doch bald mischte sich die russische Polizei hinein und steckte unsern Preußen ins Gefängnis, wo seine Sache Tags darauf untersucht und er mit einer Verwarnung, nicht über Politik in Rußland zu sprechen, entlassen wurde.

Wie ich aus einem nach unserer Kreisstadt gelangten Briefe erfahren habe, ist in der durch Gewerbesteuer bekannt Stadt Völs in Völs in voriger Woche ein beklagenswerthes Unglück durch das Zerplatzen einer Petroleum-Lampenlampe geschehen, wobei eine Frau, ein Kind und ein Dienstmädchen aus jämmerlicher Weise dadurch ihr Leben verloren, daß brennendes Petroleum von der explodirenden Lampe auf ihre Kleider spritzte und dieselben in Brand legte. Ehe noch Hilfe dazu kommen konnte, hatten noch andere leicht entzündbare Stoffe im Zimmer Feuer gefangen, so daß Alles in hellen Flammen stand. Ob durch unvorsichtiges Herausreißen des Daches oder durch Zufall die Explosion entzündet ist, hat nicht ermittelt werden können, da eben alle drei in der Stube amfendenden Personen ein Opfer dieses unglücklichen Ereignisses geworden sind. Ein ganz ähnliches Unglück wird mir von Warschau mitgeteilt, wo ebenfalls eine an der Stube hängende Petroleum-Lampe in einem Kaufmannsladen durch das rasche Öffnen und Schließen einer nach der Straße führenden Thür explodirte, indem dadurch ein starker Luftstrom entstand, die Flamme auslödet und die Petroleumlampe platzt, wobei auch zwei Personen ins Leben kamen.

Bekanntlich hat die russische Regierung, da sich der Mangel an Metallgeld in den letzten Jahren in drückender Weise fühlbar machte, schon vor längerer Zeit strengen Befehl gegen den Export von Silber nach dem Auslande erlassen. Nichtsdestoweniger versuchte ein spekulativer Kaufmann im Kaiserlichen Kreis sich durch Umwecheln in den Besitz von 5000 Silberrubeln zu bringen, mit denen er glücklich die Grenze zu passieren hoffte. Allein trotz aller angewandten Vorsicht, das Silber den Augen der russischen Grenzbeamten zu entziehen, war es ihm nicht gelungen, es ihrem „Gefühl“ zu verbergen, denn für Silber hat der Russe stets ein besonderes Gefühl und Verständnis gezeigt, das sich bis in die niedrigen Klassen hinab erstreckt. Der verbotene Ausfuhr-Gegenstand wurde entdeckt, sofort konfiscirt und über den unglücklichen Spekulant noch eine harte Vermögens- und Freiheitsstrafe verhängt.

Wie sehr sich die russische Regierung das Nachbarland Preußen zum Vorbilde nimmt, sieht man auch daraus, daß z. B. in Völs vom Januar 1. ab eine ähnliche Kreiseinteilung, wie sie in Preußen üblich ist, eingeführt wird, wonach die Kreise auch eine den unseren entsprechende Größe und besondere Friedens- oder Kriegsgrenzen erhalten. So z. B. wird der bisherige Kommer Kreis in den Kommer und Schupow von Neujaß ab zerlegt und Schupow die neue Kreisstadt des letzten Kreises werden, wo man jetzt bemerkt ist, die nöthigen Räumlichkeiten für den neuen Landrath und für die Beamten des zu gründenden Kreisgerichts herzustellen.

Wie ich so eben erfuhr, soll in dem uns benachbarten Gnesener Kreise die Cholera in der Stadt Witkowo vor einigen Tagen ausgebrochen sein und in dem kurzen Zeitraum von kaum einer Woche schon gegen dreißig Personen hinweggerafft haben. Bisher war diese Stadt zur Zeit der Cholera-Epidemie ganz verschont geblieben und es wäre jetzt doppelt beklagenswerth, wenn sie in dieser schon so vorgerückten kalten Jahreszeit noch mit dieser Krankheit zu kämpfen hätte. Eine Widerlegung dieser Nachricht würde gewiß Jedermann sehr erfreulich sein.

z. Wollstein, 22. November. [Hofen; Wahlen; Landwirthschaftliches.] In Folge der besseren Notirungen vom Auslande hat auch bei uns seit circa 14 Tagen das Hoppengeld auf Lebhaftigkeit sehr zugenommen und ist bereits, wie zu Anfang der Saison, Mittelwaare, Prima ist nicht mehr vorhanden, wieder bis zu 45 Thlr. pro Centner bezahlt. Als Käufer treten nicht nur, wie gewöhnlich, Kommissionäre für böhmische und bairische Häuser auf, sondern auch hiesige sogenannte prope Händler, die auf die Haufe spekuliren. — Am vergangenen Montage wählten die hiesigen Stadtverordneten den Gerbermeister Herrn Bernhardt als Wahlmann zu der in kürzester Zeit in Meieritz stattfindenden Wahl eines Provinzial-Landtagsdeputirten für die Städte des Bomster und Meieritzer Kreises. — Am nächsten Mittwoch findet hier die Ergänzungswahl von 5 Stadtverordneten statt. — In der Sitzung des Lager landwirthschaftlichen Vereins vom gestrigen Tage wurde die Beantwortung mehrerer von dem königl. Ministerium der landwirthschaftlichen Angelegenheiten gestellten Fragen, betreffend statistische Mittheilungen über die landwirthschaftlichen Verhältnisse des Vereinsbezirks, festgestellt.

z. Wollstein, 25. November. [Kleine Notizen.] Seit Michaelis d. 3. sind die zu vergebenden 15 Freistellen in der hiesigen Provinzial-Blindenanstalt vergeben; es soll indeß, wie verlautet, höherer Anordnung zufolge, von 1867 ab die Zahl der Freistellen beträchtlich vermehrt werden. — Am 15. t. M. wird hieselbst ein Kreisstag abgehalten werden, der sich jedoch größtentheils nur mit Kreisformalwahlen beschäftigen wird. — Von Neujaß 1867 ab werden sowohl in Kostarzowo als auch in Hammer, beide im hiesigen Kreise, Postexpeditionen eingerichtet werden, wodurch für die Bewohner der gedachten Ortschaften und deren nächsten Umgebung eine bedeutende Verkehrsvereinfachung eintritt. — Seit einigen Tagen machen die Hoppenspreise rapide Fortschritte. Am vergangenen Freitag wurden für größere Posten mehr als 50 Thlr. pro Centner bezahlt.

# Birke, 23. Novbr. [Patriotisches Fest.] Am Sonntage fand in dem Dorfe Alt-Battum, eine Meile von hier, ein Fest statt, welches Nachahmung verdient. Obgleich das Dorf nur wenig Bewohner zählt, so fand dennoch eine Sammlung statt, um 17 Wehrmänner des Dorfes, welche den diesjährigen Krieg gegen Oesterreich mitgemacht, worunter Mehrere sich durch Tapferkeit ausgezeichnet und Allerhöchste dafür anerkannt worden, durch ein Festmahl zu ehren. Die Feier verlief in gemüthlicher Weise und endete Abends mit einem Tanzergnügen.

z. Bromberg, 26. Novbr. [Kreisversammlung; Witterung; Lehrerversammlung.] Gestern Abend fand im hiesigen Schützenbaue eine durch den Vorsitzenden des Komites zur Vorbereitung für das Norddeutsche Parlament, Herrn Gutsbecker Kirche, zusammenberufene „Kreisversammlung“, statt, die aber nur etwa 40 Personen, meistens Bromberger, zählte. Es nahm zunächst das Wort Rechtsanwalt v. Groddel, welcher vorschlug, von ferneren öffentlichen Versammlungen Seitens des Handwerkervereins abzusehen, da dieselben nicht nur materiell, was sich heute so klar herausstellt, zu unbedeutend, außerdem aber auch ganz zwecklos wären, indem der Wahlkreis für Bromberg noch nicht festgestellt ist. Bemerkte man hier werden, daß Herr v. Groddel einer hier bestehenden Privatvereinigung sich angeschlossen, welche ebenfalls Vorberathungen im Vokale der Restauration von Königer abhält, dieselbe indeß gegen hält, was den Leitern des Handwerkervereins mißfällt. Herr v. Groddel theilte mit, daß in jener Privatvereinigung Schritte rüchtdlich der Wahl eines Abgeordneten geschehen seien. Man habe an mehrere Personen geschrieben und angefragt, ob sie geneigt wären, ein Mandat anzunehmen; bis jetzt wären indeß noch keine Antworten erfolgt. Er machte darauf aufmerksam, daß wir hier ganz besonders die Nationalitätsfrage ins Auge zu fassen hätten, und es daher wünschenswerth erschiene, wenn sich alle Parteien dahin einigten, nur einem Deutschen ihre Stimme zu geben. Die Polen meinte er, würden wie ein Mann zusammenstehen, um einen Polen bei der Wahl durchzubringen. Nachdem er nochmals auf die Unzweckmäßigkeit der öffentlichen Versammlungen hingedeutet, sprach er schließlich den Wunsch aus, es möchten einige Mitglieder aus dem Komite des Handwerkervereins den Beratungen des genannten Privatvereins bei Königer beiwohnen. Der Vitterat Dr. Stern widersprach Dr. v. Groddel in jeder Beziehung, hielt namentlich die öffentlichen Beratungen der Bürger, welche hier in Bromberg die äußerste Linde vertreten, für durchaus geboten und wolle von den geheimen Beratungen bei Königer nichts wissen. Er war der Meinung, daß sich dort eine Mittelpartei gebildet, welche sehr der Regierung zuneige und schließlich mit einem fertigen Programme, das einen Regierungskandidaten aufstelle, hervortreten würde. In Bezug auf die

Völs hielt er es in unserer Gegend für durchaus unangefährlich, mit diesen zu stimmen, will wenigstens mit ihnen lieber stimmen, als mit den konservativen Deutschen, sobald diese einen Regierungskandidaten wählen möchten. Nebenliche Ansichten vertrat auch Herr Gutsbecker Kirche, der einen etwaigen Vorwurf, daß der Handwerkerverein die Initiative ergriffen, entschieden zurückwies. Dr. med. Senff ist dagegen der Ansicht, daß das Hauptaugenmerk bei uns darauf zu richten sei, keinen Völs zu wählen, und fügt hinzu, man müsse nicht immer von der Regierung nur das Allerschlechteste denken. Er halte es, sagte er, für einen großen Fehler, daß der Handwerkerverein die Anregung zu öffentlichen Versammlungen in der Wahlfrage gegeben; der Beweis liege auf der Hand, es sei jedesmal nur eine sehr kleine Versammlung zusammengekommen; das läge aber daran, daß dem Handwerkervereine der Einfluß fehle, womit jene Privatvereinigung zu wirken im Stande wäre. Schließlich ist Herr Senff mit Herr v. Groddel der Meinung, daß es gut sein könnte, wenn sich einige Komitemitglieder des Handwerkervereins mit der Privatvereinigung für das Norddeutsche Parlament beizügeln noch einige Personen namentlich Herr Rechtsanwalt Senff und Herr v. Leipzig als vorzuschlagende Kandidaten für das Norddeutsche Parlament bezeichnet waren, das Komite des Handwerkervereins solle beauftragt werden, seine öffentliche Thätigkeit einzustellen bis der Wahlkreis abgegrenzt und öffentlich bekannt gemacht worden, zur Abstimmung gebracht und abgelehnt; auch ging man nicht darauf ein, daß sich die Komite-Mitglieder des Handwerkervereins mit der Privatvereinigung in Korrespondenz setze. Eine Erweiterung des Bromberger Bürger-Komites zu einem Kreis-Komitee dagegen wurde beliebt. Man beschloß, nach wie vor öffentliche Versammlungen in der Wahlangelegenheit abzuhalten, um aufläuternd auf das Publikum zu wirken. Hierfür interessirten sich besonders Herr Färre, Dr. Stern und Wundart Wunge, welcher noch bemerkte, daß von sogenannten einflussreichen Personen ganz zu abstrahiren sein könne, wenn der Handwerkerverein stets wie bisher in öffentlicher Weise opereire. Schluß der Sitzung gegen 5 Uhr Abends.

Am Sonnabend Abend fand hier eine Versammlung der städtischen Elementarlehrer sämtlicher Schulen Brombergs statt, um zu berathen, in welcher Weise eine bessere Gehaltsstellung zu erzielen wäre. Es kamen dabei Parallelen mit z. B. den städtischen Subalternbeamten der verschiedenen Bureaux vor, wobei es sich herausstellte, daß dieselben im Allgemeinen pekuniär besser situiert wären, d. h. größere Gehälter bezögen und bessere Ausichten hätten als die Lehrer, deren Leistungen doch wahrlich auch nicht zu verkennen resp. geringer zu schätzen wären, als die der Bureaubeamten. Man beschloß, ein Komite zu wählen, das eine Eingabe an den Magistrat mit der Bitte redigiren möchte, den Gehaltsatz der Lehrer zu erhöhen resp. denselben dem Etat der übrigen Magistratsbeamten gleichzustellen.

### Personal-Chronik.

Bromberg, 26. Novbr. [Personal-Chronik] bei den Justizbehörden des Bromberger Departements. A. Ernennungen: 1) Der Kreisgerichts-Assessor Wagner in Ermesino zum Kreisrichter bei dem königl. Kreisgericht in Schönlanke, 2) der Appellationsgerichts-Referendarus Markert zum Gerichts-Assessor, 3) der Bureaugehilfe, frühere Sergeant Wollenberg in Schneidemühl, zum Bureau-Assistenten bei dem königl. Kreisgericht daselbst, 4) der Gerichtsbote und Exekutor Maczynski hier zum Gefangenwärter bei dem königl. Kreisgericht in Inowroclaw. B. Versetzungen: 1) Der Kreisrichter Schmitt zu Schönlanke an das königl. Kreisgericht in Schubin, 2) der Gerichts-Assessor v. Makomaski zu Inowroclaw in das Departement des königl. Kammergerichts, 3) der Kreisgerichts-Bureau-Assistent Nische zu Schneidemühl an das königl. Kreisgericht hierelbst. C. Der Kreisgerichts-Sekretair Harbath in Schubin ist gestorben.

### Literarisches.

**Volksbibliothek deutscher Klassiker.** Deutschlands Dichter und Denker von Lessing bis auf Heine. Herausgegeben von Hermann Kletke. Berlin, Verlag von Alexander Jonas.

Ein bekannter Schriftsteller hat es unternommen, die reichen Schätze unserer National-Literatur, vom Beginn der klassischen Periode bis hinauf in unsere Zeit, in umfassenden Proben, also in den Werken ihrer schöpferischen Thätigkeit, so recht zum Eigentum des deutschen Volkes zu machen. Unter den Zeitgenossen dürften für eine solche Aufgabe wohl nur wenige so befähigt sein, als gerade Kletke. Wenn er aus den 7 außerordentlichen Tälern des vorhandenen Stoffes, aus dem Chaos des Abgesonderten, das einzelne Hervorragende, Interessante, Charakteristische und Schöne auszuheben verspricht, so dürfen wir seinem feinen Gefühl, Takt und seiner ungemeinen Kenntniß der National-Literatur eine Zulassenstellung zutrauen, wie sie wohl nicht leicht ein Anderer zu liefern vermag. In der That, nach den ersten dreißig uns bereits vorliegenden Lieferungen dürfen wir eine Volksbibliothek erwarten, wie keine zweite existirt. An Vollständigkeit, namentlich vieler seltenen, wohl bereits ganz übersehenen Schätze des 18. Jahrhunderts, die theils in Fragmenten, theils (wo der Verlag bereits ganz frei ist) in größter Vollständigkeit geboten werden, an alledem, was in der betreffenden Literatur noch lebensfähig, schön und erhaben ist, wird die Sammlung so reichhaltig, als keine andere. Einen ganz besonderen Werth haben die „Lebensbilder unserer Denker und Dichter“, die nicht bloß meisterhaft ausgeführt, sondern mit innigstem Verständniß kritischer Schärfe und lebensvoller Natürlichkeit durchgeführt werden. Nicht minderes Gewicht ist auf die „Kletke'sche Ausföhrung und Ergänzung“ der ausgearbeiteten Fragmente, namentlich der lyrischen, zu legen, die keineswegs Anthologien der derartigen Sammlungen entnommen, sondern stets aus den Originalquellen geschöpft sind und daher das Werk reichhaltiger, als jede Literaturgeschichte erscheinen lassen, so daß es nur den Specialgeschichten nachsteht.

Verdienstlichen wir noch den fast fabelhaft niedrigen Preis (jede Lieferung von 2 Druckbogen nur 6 Pfennige) bei guter Ausstattung und sogar mit den Porträts der hervorragenden Geistesheroen, so können wir das Unternehmen nur auf das Angelegentlichste empfehlen und wünschen, daß es nicht bloß in der Bibliothek jeder wohlhabenden, sondern auch namentlich im Bücher-schrank jeder schlicht bürgerlichen Familie willkommene Aufnahme finden möge.

Ferdinand Schmidt, der beliebte und hochgeschätzte Jugend- und Volkschriftsteller, hat uns in diesem Jahre mit drei neuen Bändchen beschenkt. „Von Heineberg bis Königsgräß“, „Göthe's Kinder- und Jünglingszeit“ und die zweite Auflage seines „Johann Gottlieb Fichte“ (alle drei Berlin bei Hugo Kastrner). Eines wie das andere dieser einfach und ansprechend, und mit guten Holzschnitten ausgestatteten Bändchen birgt für das Haus und die Familie einen wahrhaft edlen Schatz, denn so sinnig und lieblich erzählt, so „aus dem Leben für's Leben“, als sämtliche Schmidtsche Schriften, werden wir wohl in der unendlichen Fülle derartigen Literatur nur wenige zu finden vermögen. Recht aufrichtig wünschen wir ihnen daher immer weitere Verbreitung und immer zahlreichere und freundschaftliche Aufnahme in allen edelstehenden deutschen Familien. K. R.

**Neue Novellen von A. E. Brachvogel.** Breslau, 1867. Verlag von E. Trowendt.

Der größere Theil dieser Novellen behandelt historische Stoffe, welche in ihren Vorgängen an und für sich interessant, sich unter der Feder des Verfassers zur lebendigen Wirklichkeit gestalten. Es ist wirklich bei der Menge unglücklicher Stoffe, die heut zu Tage in bänderreichen Werken behandelt werden, schon ein Verdienst, passende Stoffe zur Darstellung gewählt zu haben. Die Erzählung „Osborne, der Weberlehrling“ behandelt das Leben des Stammvaters der Grafen von Osborne, eines einstigen armen Weberlehrlings, dann durch Rettung der Tochter seines reichen Prinzipals Theilnehmer des großen Handelshauses Hewet, endlich durch die kühne Befreiung Elisabeths aus dem Tower Pair von England und Graf von Osborne und Herzog von Leeds. Der Inhalt einer zweiten Novelle bildet Ludwig XIV. Jugendliebe zu Marietta Manini, der schönen Nichte Majorins, und deren Enttugung nach am geheimen Transakt; „Malcolm Sinclair“ führt uns die Intrigen der schwebisch-russischen Politik vor, der Karl XII. nach der Darstellung Brachvogels zum Opfer fiel. König Friedrichs von Schweden unter russischem Einfluß stehenden Dyer, die Katalen am russischen Hofe nach Peter d. Gr. Tode, sowie Schwedens Befreiung von russischem Druck, für welcher der Held der Erzählung sich opfert. Die Novelle „Die bösen Schwestern“ verfest uns in Breslaur's Vorzeit, wo am Ende des 13. Jahrhunderts der Liebesstreit zweier Schwestern, die schon lange genährte Zwietracht zwischen Bischof Thomas von Breslau und Herzog Heinrich IV. von Schlesien zu einem gewaltigen

Kampfe auslödet, dessen Schlichtung Kaiser Rudolph persönlich beirathet und bei dessen Veröhnungsfest ein lange unschuldig unter der Macht der Verhältnisse leidendes Paar glücklich wird.

Die Lektüre dieser gediegenen und inhaltsreichen Erzählungen Brachvogels ist angelegentlichst zu empfehlen, da der Leser vor einem Fehlgriff sicher ist.

**Chemisches Koch- und Wirtschaftsbuch**, oder die Naturwissenschaft im weiblichen Beruf. Ein Lehrbuch für denkende Frauen und zum Gebrauche in weiblichen Erziehungs-Anstalten. Von Dr. med. Klenke. Zweite neu durchgearbeitete und vermehrte Auflage. Leipzig, Ab. Kummer. 1866. — Die erste Auflage des Klenke'schen Buches erschien vor ungefähr 10 Jahren, und hat damals, wie in der Anzeige der zweiten Auflage in einigen Auszügen zu lesen ist, seitens der Presse eine sehr anerkennende Aufnahme gefunden. Wenn freilich Frau Math. Raven in der „Sta. für Nordd.“ meinte: „Kochen und Waschen, und damit der Dualismus und Gegensatz in Erziehung und Stellung des Weibes werde durch das „Denken in Küche und Haushalt,“ wie dies Buch es lehre, veröhnt“ so mag ein so überschwängliches Lob der Verbreitung des Buches nicht einmal günstig gewesen sein, indem dadurch sehr wohl Zweifel an seiner praktischen Brauchbarkeit rege werden konnten. In der That aber entspricht das Buch — soweit wir nach der uns vorliegenden 1. u. 2. Auflage urtheilen können, da es uns in der 1. Aufl. nicht bekannt geworden — durchaus seinem Zwecke, welcher in der Einleitung angegeben ist, wie folgt: „Weibchen soll die sorgfältigen Hausfrauen, welche Naturprozesse und Naturgesetze in der Küche mitwirken und den beabsichtigten Zweck: eine kräftige, gesunde und in Nichts verschwenderische Nahrung für die Familie herzustellen — fördern und hindern können; es soll Rechenschaft geben, wie gewisse eingebürgerte Gebräuche in der Küche die Speisestoffe in ihrem Gehalte und Werthe schwächen, wie manches Gewohnhe völlig nutzlos, manches Wichtige veräuert worden ist; es soll die gebildete, nachdenkende Hausfrau aufklären, worin eigentlich das Wesen des Kochens besteht, warum sich dieses oder jenes so verhält.“ „Denn (fährt der Verf. fort) aus der Unterhaltung mit vielen praktischen und gewandten Hausfrauen habe ich erfahren, daß die meisten den eigentlichen Grund und naturgesetzmäßigen Vorgang der täglich in der Küche sich wiederholenden Akte und Erscheinungen nicht begriffen haben, sondern der Kochvorschrift, der überlieferten Methode, folgen, die uns so wenig zu weiteren Nachdenken anreizen, als sie gewohnheitsgemäß schon bei Großmutter und Mutter und nun auch bei der jungen Frau zum scheinbar prompten Zwecke der Speisebereitung führte.“

Die Novembernummer von „Westermann's Ausirten Deutschen Monatsheften“ enthält die Anfänge von zwei größeren novellistischen Beiträgen, welche in den folgenden Nummern fortgesetzt werden sollen: „Die Thalfrau“, von V. von Gulest und „Hänschen Siebenstern“, von A. Glaser. Letzteres ist ein dem berühmten holländischen Schriftsteller van Kenne nach-gefolgter humoristischer Roman. Von den übrigen Beiträgen dürfte namentlich der Aufsatz „Leber den Spiritualismus und seine Feinde“, von Max Pertz, Aufmerksamkeit erregen, da er die fämiitlichen mythischen Erscheinungen der neueren Zeit, vom Tischklopfen bis zu den Gebrüthern Davenport, behandelt. Klar und anziehend ist die Biographie Edward Gibbons', des englischen Historikers, welche W. Hoffner giebt. Auch die übrigen Beiträge verdienen Lob. Besonders schön sind die Illustrationen in diesem Hefte, so die Ansichten von der Insel Philae, das Portrait Gibbons' und andere. Der Artikel aus Newyork von Ido Brachvogel, welcher sich unter dem „Neuesten aus der Ferne“ findet, giebt ein höchst anschauliches Bild des großartigen Lebens der Miesenstadt.

### Landwirthschaftliches.

Posen, 27. November. Die gestrige Versammlung des landwirthschaftlichen Kreis-Vereins wurde durch Herrn Hoffmeier mit dem Vorschlage eröffnet, in Betreff der Beitragsabgabe eine bestimmte Modalität festzusetzen. Es wurde beschlossen, daß bis zum 1. April nicht bezahlte Beiträge durch Postvorschuß eingezogen werden sollen. Abdann wurde Jahresrechnung gelest. Zwei neue Mitglieder wurden aufgenommen.

Auf der Tagesordnung standen zwei Vorträge und zwar: des Herrn Friedrich-Kalawa über folgende Fragen:

- a. ob die von dem Herrn Intimminister vorgeschlagene bekannte Maßregel die Ausleiung der Depositalgelder auf Hypotheken befördern dürfte;
- b. ob die Beleihungsfähigkeit ohne Gefahr über den 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub>-fachen Betrag, etwa bis zum 15fachen oder noch höheren Betrag des Grundsteuer-Neinertrages ausgedehnt werden kann;
- c. ob und in welcher Weise die Resultate der Gebäudesteuer-Veranlagung ebenfalls für die Ausleiung von Depositalgeldern zu benutzen sind.

Referent bejahte die Frage a., auch b. wurde bejaht mit dem Zufage, daß selbst der 20fache Betrag nicht zu hoch sei (in Fällen sogar der 40fachen); c. wurde mit dem Bemerkten bejaht, daß die Steuer von ländlichen Gebäuden immerhin nur von geringem Einfluß auf die Beleihungsfähigkeit der Landgüter sein werde.

Die Versammlung acceptirte diese Vota des Referenten, indem sie sich auch mit dessen weiter entwickelter Ansicht, daß eine auf die Grundsteuertage basirte Beleihung der Landgüter, sofern sie unter dem 20fachen Betrage bleibe, unserem Landmanne, der sich bei der Landchaft schon besser stehe, keinen Nutzen gewähre, einverstanden erklärte. Es wurden Fälle angeführt, wonach Güter nach den vom Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten gemachten Propositionen beilehen, noch nicht ein Darlehenskapital erhalten würden, welches dem 5. Theile des Kaufwerths gleich käme. Wie mitgetheilt wurde, hat auch unser Hauptverein sich für eine Beleihungsfähigkeit bis zum 20fachen Betrage des Grundsteuer-Neinertrages ausgesprochen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung war ein Vortrag des Dr. Jochmus über die mögliche Einwirkung der landw. Vereine auf die Hebung unserer Bauernwirtschaften.

Das Versammlen stagnire, so ungefähr war der Sinn des Vortrags — man müßte ihm eine andere Richtung, eine positive Aufgabe geben. — Unser Bauernstand sei sehr vernachlässigt, er nehme nicht Theil am Vereinswesen, in der ganzen Provinz besteben nur zwei Bauernvereine. Die örtlichen Verhältnisse ständen auch der Bildung von Bauernvereinen für jetzt noch entgegen. Daher sei auf andere Mittel der Einwirkung auf diesen Stand zu denken.

Voranstehe das gute Beispiel der größeren und intelligenten Outsbesitzer. Es sei aber für diejenigen verloren, die nicht den eigenen Trieb in sich tragen, vorwärts zu kommen. Die Mehrzahl bedürfe der direkten Anregung; sie könne durch persönliche Einwirkung oder durch das gedruckte Wort gegeben werden. Mitglieder landwirthschaftlicher Vereine müßten es sich zur Pflicht machen, den Bauern zu unterrichten, wie er seine Dungsstelle anzulegen, seine Fruchtfolge einzurichten, den Uebergang zum Futterbau zu bewerkstelligen habe u. s. w. Der Verein müsse dazu bestimmte Mitglieder designiren, die über ihre Erfolge Bericht zu erstatten hätten. Wenn sich gegen letztere Zweifel erheben, so werde auf das Beispiel der landwirthschaftlichen Vereine in den polnischen Kreisen Westpreußens verwiesen. Dort schenke man dem Bauer großes Interesse, man gebe selbst damit um, eine populäre landwirthschaftliche Zeitung (Piast) zu gründen.

Die Einwirkung von Druckschriften sei immerhin zu versuchen. Es werde sich zunächst darum handeln, eine geeignete Schrift für unseren Bauer zu ermitteln resp. herzustellen. Die vorhandenen seien theils zu complicirt, theils zu theuer oder nicht auf unsere Totalität berechnet. Der Antrag geht dahin: ein Komite zu bilden, das a. die Vereinsmitglieder designire, welche sich eignen, vom Vereine mit dem Auftrage, dem bauerlichen Lesfer in ihrem Wirkungskreise mit Rath und That an die Hand zu geben, betraut zu werden; b. Vorschläge wegen Verbreitung bestimmter Druckschriften resp. wegen Herstellung einer geeigneten Schrift mache. Der Antrag, der von mehreren Seiten, namentlich von dem Herrn Oekonomienomissarius Barselow, der in dieser Beziehung reiche praktische Erfahrungen im Sächsischen gemacht, vom Herrn Regierungsrath Schüd, Herrn Witt-Bogdanowo, Herrn Friedrich und vom Vorsitzenden selbst warm unterstützt wurde, fand die Zustimmung des Vereins und es wurde foglich zur Bildung eines Komites geschritten, in welches außer dem Antragsteller die Herren Hoffmeier I. und II., Friedrich und Witt-Bogdanowo gewählt wurden. Dieses Komite müßte in der nächsten Vereinsung Bericht über seine Thätigkeit zu erstatten haben.

Diermit war die Tagesordnung erschöpft und es war nur noch der Vorstand zu ernennen. Die bisherigen beiden Mitglieder, Hoffmeier I. und Benthner wurden durch Afflamation wiedergewählt, als drittes Mitglied wurde



Herr Friedrich gewählt. Herr v. Tempelhoff machte Mitteilung über seine mannigfachen Versuche, den Hauptverein mit einem geeigneten literarischen Organ zu versehen. Der Vorstand des Hauptvereins habe sich jetzt dafür entschieden, das in Breslau erscheinende Blatt: „Der schlesische Landwirth“ gegen gewisse Konzeptionen der dermaligen Redaktion unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen zum Vereinsorgane zu machen, und es sei daher wünschenswert, daß sich die Vereinsmitglieder an dem Abonnement dieses Blattes theilnehmen; der Hauptverein habe sich zur Entnahme von 200 Exemplaren verpflichtet, die innerhalb der diesseitigen Kreisvereine wohl Absatz finden dürften.

Die Versammlung wurde gegen 7 Uhr geschlossen.

**Bromberg, 22. Novbr.** [Landwirthschaftliches.] Gestern Abend fand im Englischen Hause eine Versammlung des hiesigen landwirthschaftlichen Kreisvereins statt, in der zunächst die Wahl eines neuen Vorstandes durch Stimmzettel vollzogen wurde. Von den anwesenden 34 Mitgliedern wurde der bisherige Vorsitzende, Gutsbesitzer Bed. Wetelno mit 27 Stimmen auf 3 Jahre wiedergewählt; Herr Bertelsmann (jetzt, nachdem er sein Gut Morzewice verkauft, Rentier hieselbst) erhielt 2 Stimmen. Hr. Bed. Wetelno war, für das ihm geschenkte Vertrauen dankend, die auf ihn gefallene Wahl an, daß jedoch zugleich um eine wirksamere Unterstützung Seitens der Vereinsmitglieder, namentlich bei Aufstellung der Tagesordnung. Hr. Bertelsmann beantragte hierauf, daß mit der im nächsten Jahre vom hiesigen Kreisverein zu veranstaltenden Schaffausstellung eine allgemeine Viehschau von Pferden, Rindvieh und Schweinen verbunden werden möchte. Er hält eine solche Viehschau aus dem Grunde für notwendig, weil dieselbe gleichsam als eine Vorbereitung für die im Jahre 1868 Seitens des Centralvereins zu arrangierende große landwirthschaftliche Ausstellung dienen könnte. Es würde sich, meinte Herr B., dann im nächsten Jahre schon gewissermaßen überheben lassen können, welche Erwartungen wir in Bezug auf die Ausstellung des Centralvereins hegen dürften. Es müsse Alles aufgegeben werden, um mit der vor einigen Jahren in Polen veranstalteten Ausstellung, die verhältnismäßig viel geleistet, konkurriren zu können. Nach einiger Debatte, in der es sich besonders auch um den Kostenpunkt handelte, entschied sich die Majorität für eine allgemeine Viehschau im nächsten Jahre. Man war damit einverstanden, daß zur Deckung der Kosten eine Subskriptionsliste anzufertigen sei, in die jedes Mitglied, das sich für die Sache interessire, eine Beisteuer von 1 Tblr. zeichnen sollte, was auch sofort geschah. Außerdem wurde das bereits für die Schaffausstellung im nächsten Frühjahr aus 5 Mitgliedern bestehende Komitee (s. Nr. 253 d. Bz.) noch um 2 Mitglieder, die Herren Bed. Wetelno und Adam Bohnowo, vermehrt. Nachdem dieses Thema verlassen, referirte Herr Rahm über die Behandlung der städtischen Abfälle und ihre Verwendung für die Landwirthschaft, und hielt es für sehr wünschenswert, daß Seitens der städtischen Behörden in Bromberg das Abfuhrsystem der Kloaken, wie z. B. in Köln, wo in dieser Beziehung die größten Fortschritte gemacht worden, eingeführt würde. (Es sei übrigens bei der Gelegenheit hier bemerkt, daß die hiesigen städtischen Behörden schon vor einiger Zeit dieser Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zugewendet haben, auch eine Kommission ernannt ist, welche binnen Kurzem mit dem Resultat ihrer Beratungen hervortreten wird. Wie ich höre, will man in Bromberg das Abfuhr- oder Tonnensystem einführen. Die Kosten sollen durch Aktienemissionen aufgebracht werden.) Nach einigen Mittheilungen über den Nutzen des Kammbouillet-Schafes von dem Rittergutsbesitzer Hirsch-Witoldowo und über die Nachtheile, welche kleinere Wirthschaften des hiesigen Kreises aus der Haltung von Schafen hätten, von Herrn Bertelsmann, schloß die Sitzung um 8 Uhr Abends.

### Bermischtes.

\* Die „Spen. Bzg.“ berichtet folgenden Zug: Am Morgen des Friedensestes erschien im fgl. Palais eine Bauerfrau mit einem Sack und verlangte Se. Maj. den König zu sprechen. Als ihr bedeutet wurde, daß der König Frauen nicht vorlasse, bemerkte sie: Mit mir wird er schon eine Ausnahme machen, wenn er nur hört, daß ich ihm etwas bringen will: ich gehe nicht eher von der Stelle, als bis er meinen Dank angenommen hat. Man meldete also die Frau und mit gewohnter Höflichkeit Se. Majestät, daß ihm dieselbe zugeführt werde. „Das wußte ich wohl, daß mich mein lieber König nicht abweisen werde“, äußerte die Frau, schritt mit ihrem Gepäck in das Empfangszimmer und warf sich beim Erscheinen des Königs auf die Kniee. „Nicht doch, Mütterchen“, sagte der König, „beuge nicht unsere Kniee vor Dem, der uns so gnädig geführt hat. Aber nun erzähle mir auch, was Euch zu mir geführt hat.“ Lieber Herr König, begann die Bauerfrau, zwei Söhne von mir haben den Feldzug mitgemacht und sind gesund nach Hause zurückgekehrt; nun bringe ich unseren guten Landesvater an dem heutigen Friedensfeste einen Gänsebraten und wünsche von ganzem Herzen, daß er recht gut schmecken möge. Der König streichelte der glücklichen und dankbaren Mutter die Wangen, sagte ihr die Erfüllung ihres Wunsches zu und ordnete an, daß die Gans, welche dabei im Sack zu schnattern anfing, in die Küche gebracht und gebraten werden solle. Der König entließ hierauf die Frau reich beschenkt und trug ihr herzliche Grüße an die beiden Söhne auf, die er nicht vergessen werde. An der Familientafel erzählte Se. Majestät den versammelten Prinzen und Prinzessinnen den Zug und der Gänsebraten schmeckte noch einmal so gut.

**Dresden.** Die Meyerbergsche Oper „Die Afrikanerin“, die jüngst mit großem Pomp zuerst hier aufgeführt wurde, hat so wenig angestrichen, daß bereits die vierte Wiederholung (am 24. Nov.) vor leeren Bänken stattfand. Die kritischen Urtheile lauten sehr hart — vielleicht zu hart, weil das lange Warten auf die Oper die Erwartungen zu hoch gespannt und ihre Ausführung in gefanglicher Hinsicht auch wohl nur mittelmäßig war.

\* Ueber den Sternschnuppenfall vom 13. auf den 14. d. liegen Berichte aus verschiedenen Orten Schwedens vor, wonach auch dort dieses Schauspiel einen gewaltigen Eindruck gemacht hat. Aus Westerbås schreibt man, daß es ausgefallen als ob es Sterne „schneie“. Am herrlichsten wäre das Schauspiel von Mitternacht bis gegen 4 Uhr Morgens gewesen. Die Sternschnuppen fielen von SO. nach NW. in einem schiefen Winkel mit der Erde. In Karlskrona beobachtete man den stärksten Fall von 2 bis 3 Uhr. Man sah lange Strahlenbündel, andere hinterließen langsam verschwindende Streifen. Aus Norrköping berichtet man, daß der Fall um 3 Uhr Morgens am prächtigsten war. Tausende von Sternen schienen niederzuströmen, und es war beinahe so hell wie am Tage. Die Bauern, welche zur Stadt fuhren, glaubten, daß die Sterne niederregneten, und die Pferde erschrafen. Auf der Sternwarte von Upsala hatte man den Himmel, in 6 Regionen eingetheilt, beobachtet, und zählten die Beobachter in der Zeit von einer Stunde 16 Min. 4162 Sternschnuppen, darunter 1600 zwischen 2 Uhr 40 Min. bis 2 Uhr 55 Min. Morgens.

\* Das Hamburger Postdampfschiff „Bavaria“, Kapitän Meyer, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt Aktiengesellschaft, ging, expedirt von Herrn August Volten, William Miller's Nachf., am 24. November von Hamburg via Southampton nach Newyork ab. Außer einer starken Brief- und Packetpost hatte dasselbe 56 Passagiere in den Kajüten und das Zwischendeck mit Passagieren voll besetzt, sowie auch den Laderaum mit Waaren.

\* [Eine alte Juden-Kolonie.] Ein amerikanischer Missionar schreibt aus China, daß die berühmte alte Juden-Kolonie in Kai-fung-fee, der früheren Hauptstadt des chinesischen Reiches, zerstreut und ihre Synagoge zerstört ist. Er besuchte den Ort und fand an der Stelle der Synagoge einen Stein vor. Auf der einen Seite desselben stand eine Inschrift mit dem Datum der Erbauung der Synagoge, unter der Regierung der Sung-Dynastie, im Jahre 1163. Die erste Ankunft der Juden in China führt die Inschrift auf die Dynastie Hon, 200 nach Chr. zurück. Die andere Seite erwähnte den Wiederaufbau unter der Dynastie Ming vor ungefähr 300 Jahren. Er entdeckte einige Abkömmlinge der Kolonie und hörte, daß sie jetzt etwa 300 Seelen zähle. Nach ihrer Erklärung hätten sie das Bau-Material ihrer Synagoge verkaufen müssen, um sich die nothwendigsten Lebensbedürfnisse zu kaufen. Alle waren arm, Einige waren Geldwechsler, Andere verkauften Obst und Kuchen, und noch Andere handelten mit alten Kleidern. Sie besaßen einige Abschriften jüdischer Werke und eine Gehegrolle, verstehen aber die hebräische Sprache nicht. Der Missionar sah den Sohn des letzten Rabbi, mit dessen Tode die Kenntniß der Sprache verloren ging. Die Personen, welche diesem interessanten Ueberreste angehörten, waren nicht im Stande, den Stammbaum ihres Stammes zu verfolgen, sie hielten keine Verzeichnisse, sie verammelten sich nie als Gemeinschaft und ihre Kinder wuchsen auf ohne das Siegel der Gemeinde.

\* [Amerikanische Statistik.] Von 612 jungen Damen, welche im vorigen Jahre in Ohmacht fielen, fiel mehr als die Hälfte in die Arme von Herren. Nur drei hatten das Unglück zu Boden zu fallen.

### Einfluß der Malz-Gesundheits-Fabrikate:

#### Malzextrakt-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheitschokolade u. s. w. u. s. w. auf den Gesundheitszustand des menschlichen Körpers.

Die Johann Hoff'sche Malz-Gesundheitschokolade, welche statt des oft unzutraglichen Kaffees neben dem Hoff'schen Malzextrakt-Gesundheitsbier ärztlich verordnet wird, wirkt auch selbstständig als treffliches Heilmittel. Herr F. Lau, einer der achtbarsten Bürger in Lübben, theilte

unterm 25. Oktober c. mit: „Der Hr. Dr. Loeschner, ein berühmter praktischer Arzt in Lübben und beim dortigen Publikum sehr beliebt, verordnete bereits mehrfach die Hoff'sche Malz-Gesundheitschokolade und hat erklärt, daß die Erfolge sehr zufriedenstellend seien.“ Der fgl. Oberarzt des Invalidenhauses zu Stolp, Herr Dr. Weinschenk, schreibt d. d. 10. Oktober c.: „Ihre Malz-Gesundheitschokolade hat sich als ein höchst starkes Heilmittel bei sehr entkräfteten Kranken bewährt. Außerdem haben auch Ihr Malzextrakt und Ihre Malzbombons bei Brust- und Halskrankheiten sich als sehr beßam erwiesen.“ Der Herr Professor Jules Aronson aus Paris, mit einer ärztlichen Mission vom französischen Herrn Kriegsminister betraut, entnahm, nachdem er sich über die Vorzüglichkeit des Malzextrakts ausgesprochen hatte, zu sanitätischen Zwecken eine Partie Malz-Gesundheitschokolade und andere Hoff'sche Malzfabrikate. Früher schon schrieb Herr Dr. F. Confeld in Würzburg: „Der beßame Einfluß beider Malzfabrikate auf den Stoffwechsel, den sie befördern und reguliren, ist außer Zweifel. Eben deshalb ist ihre günstige Wirkung zur Unterstützung der Kur bei Abzehrung, Kropfbeln, Wurmleiden und anderen Ernährungskrankheiten sehr begreiflich.“

Fügen wir den obigen Aussprüchen von wissenschaftlicher Seite noch ein hiesiges, neueres Schreiben von privater Seite an den Fabrikanten bei: „Berlin, den 4. Oktober 1866. Die Krankheit meiner Frau veranlaßt mich, Hilfe in Ihren Malzfabrikaten: Malzextrakt-Gesundheitsbier und Malz-Gesundheitschokolade zu suchen und nachfolgend Bestellung zu machen. Ich wurde durch das günstige Urtheil geleitet, welches in einer Versammlung über Ihr Malzextrakt-Gesundheitsbier gefällt wurde. Einem Unwohlgeordneten rieth man, „Hoff“ zu trinken. Einer sagte: meine Frau war so leidend, daß sie sich nur mit Mühe bewegen konnte; ich wandte mich den Hoff'schen Malzfabrikaten zu und schon nach acht Tagen stieg meine Frau die Treppen binan ohne Beschwerde u. s. w.“

A. Roller, Fabrikbesitzer, Gartenstraße Nr. 167.

Von den weltberühmten patentirten und von Königen und Königen anerkannten Johann Hoff'schen Malzfabrikaten: Malzextrakt-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheitschokolade, Malz-Gesundheitschokoladen-Pulver, Brustmalz-Zucker, Brustmalz-Bonbons zc. halten stets Lager in Posen die Herren Gebr. Plesmer, Markt 91., und Herrmann Diets, Wilhelmstraße 26.

### Angelommene Fremde.

Vom 27. November.

**HOTEL DU NORD.** Die Rittergutsbesitzer v. Balkowski aus Karska und Gräfin Wierska-Kwilecka aus Wroblewo, Gutsbesitzer v. Wroblewski aus Sieroszewice.

**TILSNER'S HOTEL GARNI.** Die Kaufleute Speyer, Hamburger und Franke aus Berlin, Fürst aus Bremen und Frost aus Gräs. Rentier Jurkiewicz aus Breslau. Musikdirektor Stieglitz aus Br. Holland.

**HERWIG'S HOTEL DE ROME.** Die Kaufleute Rügner aus Breslau, Schlur aus Stuttgart, Grimm aus Stettin, Lindenstedt und Affekuranz-Inspektor Abraham aus Berlin. Die Rittergutsbesitzer Graf Winiński aus Polen und Graf Winiński nebst Töchtern aus Pannowice.

**ORZYMOW'S HOTEL DE FRANCE.** Die Rittergutsbesitzer v. Treslow aus Dwinöw, v. Dobrzewski aus Babilin, v. Trappczewski nebst Töchtern aus Baborowo und Frau v. Demecka nebst Töchtern aus Starowice.

**SCAWARZER ADLER.** Die Kaufleute Szamotulski aus Binne und Mellinghoff aus Durban, Gutsbesitzer Moldenbauer aus Polarki, Dekan Kucynski aus Wylota, Frau Wolska aus Opotowo, Distriktskommissar Böning aus Wreschen.

**STERN'S HOTEL DE L'EUROPE.** Die Rittergutsbesitzer v. Stablenki nebst Familie und M. v. Stablenki aus Kalesie, v. Laszczewski aus Grabowo und v. Rutulowski aus Strachowo, Artzt v. Laszczewski aus München, Frau Laubner aus Glas, die Kaufmannsfrauen Lechow und Boppelauer aus Berlin, Frau Rechtsanwältin Venz aus Frankfurt, prakt. Arzt Dr. Berliner und Gymnasiallehrer Hirschberg aus Ologau, Frl. Hirschberg aus Gnelen.

**MYLIU'S HOTEL DE DRESDE.** Die Rittergutsbesitzer Sasse aus Neudorf, Graf Garniecki aus Rakoslaw und Graf Garniecki aus Golezow, die Kaufleute Dörmeyer aus Leipzig, Schmey und Klimel aus Berlin, Hughes aus Hamburg, Giese aus Stettin und Nobis aus Jüden, Destillateur Bernhardt aus Lissa, Dr. med. Hein aus Breslau, Oberamtmann Regel aus Großhof.

**HOTEL DE BERLIN.** Die Rittergutsbesitzer Hoffmeyer aus Plotnik, Hoffmeyer aus Dorf Schwelzen, die Gutsbesitzer Morgenstern aus Starzyn und Adam aus Rabowice, Hauptmann a. D. Ruschke und Kaufmann Hochstein aus Berlin, Frl. Polacka aus Wola, Amtsräthin Frau Klinghardt aus Sagan.

**HOTEL DE PARIS.** Probst Sulikowski aus Giecz, Bäckerin Frau Sieburrowska aus Brody, Bürger Gelmecki aus Pomerzany.

**KEILERS HOTEL ZUM ENGLISHEN HOF.** Die Kaufleute Rothmann aus Wogromis, Wittkowski aus Trzemeszno, Prag aus Rogasen, Gottgetreu aus Garmian, Deutschmann aus Santomysl und Bud aus Namie.

**DREI LILIE.** Die Kaufleute Darpi aus Rogasen, Rippmann und Schlimme aus Odrzychow, Postbeamter Appelt aus Posen.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

### Stadtverordneten-Wahl.

Die Wähler der zweiten Abtheilung (700 Tblr. Einkommen bis etwa 1400 Tblr.) wollen sich zur Wahl von vier Stadtverordneten

**Dienstag Abends 6 Uhr im Handelsaale,**

die Wähler der ersten Abtheilung (1600 Tblr. Einkommen und darüber), dagegen

**Mittwoch Abends 6 Uhr im Handelsaale**

zur Wahl von sechs Stadtverordneten gefälligst pünktlich eintreffen.

Der Wahlbezirk für die zweite und erste Abtheilung umfaßt das ganze Stadtgebiet.

### Pferde-Verkauf.

Am Mittwoch den 28. d. M. sollen auf dem Kanonenplatz circa 70 überzählig gewordene Pferde öffentlich meistbietend verkauft werden. Der Verkauf dauert Vormittags von 9—12 Uhr und wird ev. Nachmittags 2 Uhr fortgesetzt.

Kommando der 2. Fuß-Abtheilung Niederschles. Feld-Art. Reg. Nr. 5.

### Militär-Arbeit.

Das Westbaltische Füßler-Regiment Nr. 37 will an alte Zivilschneider Militär-Arbeiten vergeben; auch können Frauen Drillich- und Leinwand erhalten.

Anmeldungen sind beim Zahlmeister, Lieutenant Loeffel, Mühlenstraße Nr. 10. zu machen.

Posen, den 24. November 1866.

Die Regiments-Befeldungs-Kommission.

In dem Konkurs über das Vermögen der Kaufleute Oscar und Hugo Baumert zu Posen ist zur Verhandlung und Beschlusfassung über einen von dem Hugo Baumert für seine Person proponierten Afford Termin

**auf den 6. Dezember d. J.**

**Vormittags 11 Uhr**

vor dem unterzeichneten Kommissar im Instruktionszimmer anberaumt worden.

Die Betheiligten werden hiermit mit dem Bemerkten in Kenntniß gesetzt, daß alle festge-

stellten Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrath, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlusfassung über den Afford berechnen.

Posen, den 12. November 1866.

Königliches Kreisgericht.

Der Kommissar des Konkurses.

Gaebler.

### Konkurs-Eröffnung.

Königl. Kreisgericht zu Schrimm,

**Erste Abtheilung.**

Schrimm, den 15. November 1866.

Ueber das Vermögen des Schnitt- und Kurwaarenhändlers S. Krawitz zu Schrimm ist der kaufmännische Konkurs eröffnet.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann Emil Siemert hieselbst bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

**auf den 9. Januar 1867**

**Vormittags 10 Uhr**

vor dem Kommissar Herrn Gerichts-Assessor Raschinski anberaumten Termine die Erklärungen über ihre Vorschläge zur Befriedigung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts davor zu verhandeln oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände

bis zum 24. Dezember d. J. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendort zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht

bis zum 24. Dezember d. J. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden, und demnach zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

**auf den 9. Januar 1867**

**Vormittags 10 Uhr**

vor dem Kommissar, Herrn Gerichts-Assessor Raschinski hieselbst zu erscheinen. Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwältel Bauermeister, Walleiser, v. Lisicki und Karpiński zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Schrimm, den 15. November 1866.

Königliches Kreisgericht.

**Erste Abtheilung.**

Ein gemauertes Haus in Trzemeszno Nr. 64/65., wohl erhalten und zu jeder Unternehmung sehr vorthellhaft gelegen, ist aus freier Hand unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Näheres zu erfahren bei der Eigenthümerin am Orte selbst.

### Auktion.

Bei Gelegenheit der Auktion am Mittwoch den 28. November werde ich um 12 Uhr ein brauchbares Arbeitspferd (6jährig), 1 Kuh, mehrere Säde Kasse, einen Flügel öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski, fgl. Auktionskommissar.

### Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts werde ich Mittwoch den 28. November c. von früh 9 Uhr ab im Auktionslokal Magazinsstraße Nr. 1.: neue Kommissarmäntel, Röcke, Blousen, Brot-, Freß- und Futterbeutel, Sättel, Jann- und Riemenzeuge zc., Senfen, Blei, Kupferhütchen öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski, fgl. Auktionskommissar.

### Ausgefallene Hypotheken.

werden gekauft durch den Kaufmann A. Tobias zu Breslau, Kupferschmiedestr. 20.

Der hiesige Klempnermeister Taube hat in meinem Hause eine Wasserleitung mit Wasser-Closets eingerichtet und diese Arbeit zu meiner größten Zufriedenheit ausgeführt, so daß ich ihn aufs Beste embehlen kann.

Posen, den 26. November 1866.

Nepomucen Niklas.

Einem hochgeehrten Publikum die ergebensste Anzeige, daß ich die Glaserei meines verstorbenen Vaters fortbestehen lasse und verpfehle bei sauberer Arbeit reelle und prompte Bedienung. Posen, im November.

Hochachtungsvoll  
Alois Bolls, Wittwe,  
Magazinsstraße Nr. 4 vis-à-vis Kanonenplatz.

### Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt.

Seit 1819 hat sich diese Gesellschaft, von der mir für hiesigen Ort und Umgegend eine Agentur übertragen worden ist, als eine der solidesten Feuerversicherungsgesellschaften bewährt und erfreut sich allgemein unbedingtesten Vertrauens. Ihre Reversprämien für laufende Versicherungen betragen z. B. über 1,130,000. — neben dem Grundkapital.

Ich erlaube mir hiermit diese Gesellschaft mit dem Hinzufügen ganz ergebenst zu empfehlen:

daß die Prämien billig und fest sind, d. h. ohne Nachschußverbindlichkeit für den Versicherten;

daß bei Gebäudeversicherungen den Hypotheken-Gläubigern vollständige Sicherheit gewährt wird;

daß für landwirthschaftliche Versicherungen besondere Bedingungen existiren, die den resp. Versicherten wesentliche Vortheile gewähren.

Antrags-Formulare werden von mir unentgeltlich geliefert und bin ich zu jeder Auskunft-ertheilung gern bereit.

Grätz, den 18. November 1866.

**R. Mützel,**

Agent der Leipziger Feuervers. Anstalt.

### Ein Flügel

magaroni, gut erhalten, steht billig zum Verkauf oder zu vermietben Wasserstraße Nr. 1. vis-à-vis der Konfessionsschule.

Wegen Verlegung ist ein sehr gut erhaltenes Pianino preiswürdig zu verkaufen. Näheres bei C. Kirsal, St. Martin 25. f. 26.

### Eine Dreschmaschine

mit starkem Apänn. Göpel, beides leistungsfähig und fast neu, zum Verkauf. Dom. Miaslowice v. Erin.







